

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 25 / 30. JUNI 23

DIVERTIMENTO
EIN ORCHESTER FÜR ALLE

NACH EINER WAHREN GESCHICHTE

EIN FILM VON
Marie-Castille Mention-Schaar

JETZT IM KINO



ISRAEL UND PALÄSTINA

Herrschaft, Hoffnung und Massenproteste

SEITE 12 – 15

Bild: Jakob Rubner / Unsplash

SPURENSUCHE

**Hunter Bidens Laptop
und die Ostschweiz**

S.16 – 18

ENERGIEVERSORGUNG

**Axpo verlängert
Atomstrom-Deal**

S.3

ZHDK-DIPLOMFILME

**Zwei langjährige formale
Mängel sind plötzlich weg**

S.22-23

Sehnsüchte

Die einen wünschen sich grösstmögliche Sicherheit und erwerben darum Personenkraftwagen in den Dimensionen von Familienzelt, derweil die Folge ihres Sicherheitsbedürfnisses während den Hauptzeiten der Verwendung, also des Rumstehens, exakt die zentralen Wünsche der eben anderen torpediert, die da den öffentlichen Raum als allen gehörend anschauen und sich von den in den Strassenraum hineinwachsenden Blechhütten ihrerseits in ihrem Sicherheitsempfinden beeinträchtigt fühlen. Nein, es geht nicht nur um Autos, wenn David Renggli (*1974) sich in seiner neusten Ausstellung «Jahrmarkt der Gefühle» mit den Wünschen und Sehnsüchten einer modernen Gesellschaft auseinandersetzt. Aber sehr wohl um Widersprüche, die berühmten zwei Seiten einer



Medaille und demzufolge logischerweise auch um das ewige Abwägen eigener versus fremder Freiheit. Er kombiniert Buchstaben und Objekte zu Drittaussagen. *froh.*

David Renggli: «**Jahrmarkt der Gefühle**», bis 6.8., Kunst(Zeug)Haus, Rapperswil/Jona.

Nachwuchs

Die sechs Tänzer:innen des BA Contemporary Dance an der ZHdK und parallel auch die elf Tänzer:innen des BA-Studiengangs zeitgenössischer



«La manufacture» (Bild: Gregory Batardon)

Tanz an der Manufacture in Lausanne präsentieren dieser Tage ihre Abschlussarbeiten. Wie sich der Ablauf des ZHdK-Showings genau präsentiert, ist mit vertretbarem Aufwand leider nicht in Erfahrung zu bringen, die Manufacture versammelt ihre Absolvent:innen zu einer Art Ad-Hoc-Com-

pagnie, die mit den Choreographinnen Salva Sanchis und Alma Söderberg zwei rund halb- bis dreiviertelstündige Stücke erarbeitet. Der damit ermöglichte Direktvergleich über die Sprachgrenzen hinweg lässt neben der Entdeckung von potenziell herausragenden Talenten auch die Beobachtung zu, inwiefern und worin sich die beiden Ausbildungskonzepte unterscheiden. *froh.*

Showing: «**Bachelor Contemporary Dance ZHdK**», Fr/Sa, 30.6./1.7., 20h, Bühne A, Theater der Künste, Zürich. Stream: Sa, 1.7., 15h.

Graduation Show: «**La Manufacture Lausanne**», Do/Fr, 6./7.7., 20h, Tanzhaus, Zürich.

Rückzugsgefecht

Wenn sich die eine Hälfte der Menschenmassen ins Hallenstadion drängt, während zeitgleich die andere Hälfte ins Letzigrund stürmt, benötigt nicht nur verkehrstechnisch wohlüberlegte Rückzugspläne. Hier wäre ein möglicher: Eigentlich wäre der aktuellen Witterung gemäss geplant gewesen, die Einsiedler «olly and the Flytrap und die Basler La famiglia Rossi zwischen Gessnerallee



und Sihl unter freiem Himmel auftreten zu lassen, als dann aber der Blick in den Veranstaltungskalender – inklusive der Kenntnis respektive Erfahrung über die Verbreitung von Schall – daran ermahnte, dass gegen Grossverstärker anzustinken auf Ärgernis hinausläuft, hat die Kombüsecrew der letzten Insel auf der Sihl beschlossen, drinnen das Leben zu feiern, sei genauso lebensbejahend, weshalb das also nun drinnen stattfindet. Die Pilgerrouen der anderen Konzertbegeisterten lassen sich so prima umgehen. *froh.*

«**Jolly and the Flytrap**», «**La famiglia Rossi**», Sa, 1.7., 20h, El Lokal, Zürich.

Auftakt

Sie sind seit jeher immer die ersten und halten auch immer am längsten durch. Die AG Film der IGRF organisiert mit ihrem «Film am See» sowie das älteste Openair-Kino der Stadt überhaupt, aber darüber hinaus ermöglicht sie ihrem Publikum genauso den ersten Freiluftfilmgenuss im Jahr wie ihr Abschlussabend auch die jeweils letzte Möglichkeit dafür in der Saison darstellt. Das sehr freihändig interpretierbare Motto der jetzt star-

tenden Saison lautet «Wie es uns gefällt» und ist zugleich die insgesamt bereits vierzigste (!) Ausstrahlung dieses Formates. Den Auftakt bestreitet Emma Seligmanns «Shiva Baby» und damit gleich



ein Film, dessen reguläre Kinoauswertung in der Schweiz zwischen die Stühle und Bänke der letzten drei Jahre gefallen ist, was ihn zu einer vergleichsweise jungen Rarität macht. Es ist das Portrait einer jungen US-amerikanischen Jüdin zwischen Selbstbestimmung und Überanpassung. *froh.*

Film am See: «**Shiva Baby**», Do, 6.7., 21.30h, vor dem Ziegel oh Lac, Rote Fabrik, Zürich.

Ist die Katze aus dem Haus,...

Das Turbine Theater hat sich für die diesjährige Freiluftinszenierung «Einen Jux will er sich machen» von Johann Nestroy ausgesucht. Eine Slapstick-Komödie mit durchaus (zeitlosen) gesellschaftskritischen Spitzen, denn der Mensch, das ist unterdessen wohlfeil bekannt, ist nicht ausserordentlich lernfähig. Der ewige Gehülfe Weinbeck (Lukas Waldvogel) bekommt von seinem Chef Zander (Beat Gärtner) den Gemischtwarenladen für die Zeit überantwortet, in der der Chef



(Bild: Niklaus Spoerri)

in der grossen Stadt die Hochzeitsvorbereitungen mit seiner Braut vorantreibt. Der Stolz des ewigen Gango verkehrt sich rasch in reinen Übermut, denn jetzt, da er bestimmt, was wie warum passiert, kann er ja gerade beschliessen, das Geschäft zu schliessen und gleichwohl in derselben Stadt auch mal sogenannte Abenteuer erleben. Das Tohuwabohu ist programmiert. *froh.*

Turbine Theater: «**Einen Jux will er sich machen**», Do, 6.7. bis So, 30.7., 20h, Pavillon des Besucherzentrums Wildnispark Zürich Sihlwald.

Axpo setzt weiterhin auf Atomstrom

Die Axpo bezieht ab 2025 65,7 Megawatt «CO₂-freie Kernenergie»: Sie und ihre Partner haben einen Vertrag mit Electricité de France bis 2039 verlängert.

Nicole Soland

Am Montag teilte die Axpo unter dem Titel «Beitrag an die Versorgungssicherheit» mit, sie habe zusammen mit den anderen Partnern der Energiefinanzierungs AG (Enag) den Bezugsvertrag mit Electricité de France (EDF) bis 2039 verlängert. Damit flössen ab 2025 «180 Megawatt Bandleistung oder jährlich rund 1500 Gigawattstunden Strom in die Schweiz, was dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 350 000 Vierpersonenhaushalten entspricht». Und weiter: «Die Axpo-Gruppe hält ab 2025 36,5 Prozent der Enag-Anteile (aufgeteilt auf Axpo Solutions und CKW) und hat damit bis 2039 Anrecht auf 65,7 Megawatt Leistung.» Ab 2025 sollen zudem drei neue Partner zum Enag-Aktionariat stossen, nämlich das Freiburger Energieunternehmen Groupe E, die St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG und die Primeo Energie: «Damit wird der Bezugsvertrag künftig von einem grösseren Partnerkreis getragen, und die Energie wird mehrheitlich in der Grundversorgung genutzt», schreibt die Axpo. Weitere bisherige Partner neben der Axpo-Gruppe sind das Bündner Energieunternehmen Repower und die SN Energie.

Kosten? Unbekannt

So weit, so gut – abgesehen davon, dass in der Medienmitteilung nirgends steht, dass es sich bei dieser Energie um Atomstrom handelt. Und warum genau verlängert die Axpo den Bezugsvertrag? Dazu führt Axpo-Mediensprecher Noël Graber auf Anfrage aus, Axpo und die weiteren Enag-Partner täten dies, um weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Schweiz zu leisten: «Die Partner beziehen Bandenergie – das heisst, die Energie steht rund um die Uhr und unabhängig von der Verfügbarkeit des französischen Kraftwerkparks zur Verfügung. Das ist vor allem im Winter von grosser Bedeutung.» Und was kostet diese Verlängerung? «Dazu machen wir keine Angaben», sagt Graber.

Doch wieso kauft Axpo weiterhin Atomstrom ein, und das trotz des dringend geforderten Ausbaus der Erneuerbaren? Dieser Ausbau sei «auch ein zentraler Pfeiler der Strategie von Axpo», erklärt Noël Graber: «Wir müssen jene Produkti-

onstechnologien ausbauen, die schnell und günstig zur Verfügung stehen.» In der Schweiz sei das vor allem die Solarenergie: «Deshalb hat Axpo auch eine Solaroffensive lanciert.» Das heisse aber nicht, «dass wir gleichzeitig auf bewährte gesicherte Leistung von Electricité de France verzichten sollten, die das Winterdefizit der Schweiz bedeutend verringert». Und weiter: «Der Enag-Vertrag, der 1990 abgeschlossen wurde, spezifiziert die Qualität bzw. Herkunft des Stroms nicht. Der Kraftwerkpark der EDF besteht aber tatsächlich mehrheitlich aus CO₂-freier Kernenergie.»

Versorgungssicherheit?

Noch sind die Stromsparappelle des Bundesrats von letztem Herbst in frischer Erinnerung – und auch die Tatsache, dass es unserer Landesregierung Bauchweh bereitete, dass viele französische AKW wegen Reparaturarbeiten ausfielen und somit keinen Strom lieferten. Nun verlängert also die Axpo einen Bezugsvertrag mit EDF – und will damit «einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Schweiz» leisten? Und vor allem: Ge-

Noch sind die Stromsparappelle des Bundesrats von letztem Herbst in frischer Erinnerung – und auch die Tatsache, dass es unserer Landesregierung Bauchweh bereitete, dass viele französische AKW wegen Reparaturarbeiten ausfielen und somit keinen Strom lieferten.

langt der Strom tatsächlich in die Schweiz, wenn die EU per 2025 Ernst macht mit der Regel, dass ihre Mitgliedsländer mindestens 70 Prozent ihrer Netzkapazität für den Handel innerhalb der EU zur Verfügung stellen müssen und die somit kaum gross Rücksicht nehmen werden auf ein Drittland ohne Stromabkommen wie die Schweiz?

Axpo-Mediensprecher Graber beruhigt: Die privilegierten Stromimporte aus älteren Lieferverträgen seien in den letzten Jahren stark zurückgegangen, weil mehrere solcher Verträge mit EDF in den letzten Jahren ausgelaufen seien, «so

auch das Bezugsrecht 1 von Enag». Aufgrund der Vereinbarungen mit Netzbetreibern und Regulatoren «gehen wir davon aus, dass der Import des Enag-Stroms weiterhin möglich ist», fügt er an. Sowohl die Schweiz als auch Frankreich seien von gegenseitigen Lieferungen abhängig, die Schweiz während des Winters und Frankreich «während gewisser Stunden, in denen es nicht genügend produziert und die Schweiz ihre Speicherkraftwerke zugunsten von Frankreich einsetzt».

«In die falsche Richtung»

Und wie kommt die Verlängerung des Bezugsvertrags in der Politik an? Bastien Girod (Grüne, Zürich) ist Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) des Nationalrats, und ihn beschäftigt zurzeit vor allem der sogenannte Mantelerlass, der den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen will, wie er auf Anfrage erklärt. Denn jetzt ist beim Mantelerlass wieder der Ständerat am Drücker, und Bastien Girod ärgert sich, dass die kleine Kammer daran festhalte, die Wasserkraft «auf Kosten der Natur auszubauen» und bei der Solarpflicht ebenso klemme wie bei den Effizienzmassnahmen, mittels derer sich im Winter zwei Terawattstunden Strom einsparen liessen: «Wahrscheinlich läuft es auf eine Einigungskonferenz hinaus.» Was den Enag-Bezugsvertrag betrifft, attestiert Bastien Girod den Akteuren dahinter, sie handelten «in die falsche Richtung»: «Statt Atomstrom einzukaufen, würden Axpo und Co. besser Stromeffizienz und Solarpflicht unterstützen, statt dagegen zu lobbyieren. Damit würde die Versorgungssicherheit besser gestärkt, weil der Import wegen des fehlenden Stromabkommens immer noch mit Unsicherheiten verbunden ist.»

Die Dietiker SP-Kantonsrätin Rosmarie Joss ist Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu). Sie zeigt sich auf Anfrage wenig angetan von der «Methode, wie sich die Axpo abzusichern versucht». Im Hinblick auf die Strompreise möge der Bezugsvertrag ja interessant sein, weil er «eine gewisse Stabilität» bringe. «Doch wenn wirklich eine Strommangellage herrscht, schauen alle Staaten zuerst für sich», ist sie überzeugt. Ob Langfristverträge für Atomstrom tatsächlich noch gälten und der Strom effektiv geliefert würde, «wenn es hart auf hart kommt», wisse man schlicht nicht. Dasselbe gelte im übrigen auch für Windstrom von der Nordsee. Und wie sich die 70-Prozent-Regel dereinst auswirke, sei schwierig vorauszusagen: «Was wir hingegen in der Schweiz an Erneuerbaren zubauen, liefert uns Strom, über den wir hier verfügen können, und zwar dann, wenn wir ihn brauchen», stellt sie klar.

Silvia Steiner behält vorläufig ihre beiden Hüte

Der Zürcher Kantonsrat nahm am Nachmittag unbestrittene, aber aufwendige Wahlen für Gerichte vor und beschäftigte sich am Morgen mit Bildung.

Koni Loepfe

Der Morgen begann mit dem Bericht der Ombudsstelle. Jürg Trachsel und sein Team bekamen für ihre Arbeit viel Lob, für die Präsentation und den Inhalt des Berichtes etwas weniger. Abgesehen von René Isler (SVP) lasen zwar alle durchaus mit Vergnügen die im Bericht vorkommenden Einzelfälle, vermissten aber weitgehend statistische Angaben (Davide Loss, SP), etwa zu den vielen Eingaben zum ZVV (Manuel Sahli, AL). Nicht nur Benno Scherrer als Sprecher der Geschäftsleitung machte zudem dem Ombudsmann klar, dass er ohne eine eingehendere Begründung keine Aufstockung des Teams bewilligt erhalten werde. Hier sei angemerkt, dass es sich vorläufig um eine Erhöhung eines Pensums von 60 auf 80 Prozent handelt und zur Diskussion allenfalls eine zusätzliche Stelle steht, bei heute 420 Stellenprozenten.

Als Zweites folgte eine Übung in Sachen Beantwortung dringlicher Anfragen. Ein Beispiel, wie gut gemeint nicht immer gut gemacht ist. Carmen Marty Fässler (SP), Karin Fehr (Grüne) und Christa Stünzi (GLP) hatten Fragen zu Wartelisten bei der Frühförderung (also vor dem Kindergartenentritt) gestellt. Silvia Steiner antwortete mündlich, wie dies vorgeschrieben ist. Konkret bedeutete dies eine Aneinanderreihung von Zahlen, die sich der Berichterstatter und wohl auch die Kantonsrät:innen beim besten Willen nicht merken konnten. Abgesehen von den drei Fra-

Die Anzahl der Frühförderungen nimmt stark zu, derzeit sind es gut 4000 Kinder, die in deren Genuss kommen.

genden, die als Fachfrauen in ihren Antworten ihrerseits mit weiteren Zahlen aus einer Tagung glänzten. Halbwegs vielleicht zutreffendes Fazit aus dieses Insiderveranstaltung: Die Anzahl der Frühförderungen nimmt stark zu, derzeit sind es gut 4000 Kinder, die in deren Genuss kommen. Bei der Logopädie kann es zu Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr kommen, dazu kommt die Abklärung, die nur vom Kinderspital und vom

Kantonsspital Winterthur erfolgen kann. Insgesamt stehen 57 Stellen zur meist privaten Frühförderung zur Verfügung, die seit diesem Jahr besser entschädigt werden, aber im Vergleich zu den Heilpädagog:innen in der Volksschule eher karg; obwohl die Frühförderung nach allen Erkenntnissen der gegenwärtigen Lehre deutlich am meisten bringt.

Lernstudios

Ohne Debatte und gegen den Willen der linken Ratsseite verabschiedete der Kantonsrat das Gesetz endgültig, das ab der 2. Schulklasse Noten im Zeugnis vorschreibt. Das entspricht der bisherigen Praxis fast überall und ist sozusagen eine vorsorgliche Massnahme (man könnte auch von einem Denkverbot sprechen) gegenüber dem bisher dafür zuständigen Bildungsrat. Falls dieser oder irgendeine verrückte Schulgemeinde auf die Idee käme, Bilder oder Symbole anstelle der gewohnten Noten zu verteilen.

Sehr erfreulich ist die einstimmige Zustimmung zur gesetzlichen Verankerung der Lernstuben. In diesen werden Erwachsene, die beim Schreiben, Reden, Rechnen so grosse Schwierigkeiten haben, dass sie kaum eine Stelle finden, so geschult, dass sie eine Chance haben, es zu lernen. Es handelt sich dabei meist um Personen, die die Schule regulär besuchten. Das betrifft im Kanton Zürich rund 14000 Einwohner:innen. Die Lernstuben, die auch die Möglichkeit bieten, in eine Lehre oder sonst eine Ausbildung einzusteigen, wurden vor ein paar Jahren mit einem Rahmenkredit von 15 Millionen Franken eingerichtet und sollen nun regulär funktionieren. Kostenpunkt derzeit: 6 Millionen Franken pro Jahr.

Paul von Euw (SVP) hofft, dass die Kosten sich mit der Zeit reduzieren; vor allem wenn wieder Kleinklassen eingeführt werden und die Sekundarschule wieder strikt mit A- und B-Abteilungen geführt wird. Seine Hoffnungen zeigen vor allem, dass er hier kein historisches Gedächtnis besitzt. Beides gab es früher, und auch damals verliessen viele die Schule ohne genügende Grundkenntnisse. Es gab einfach noch mehr Berufe, in denen man sich ohne Lesen und Schreiben durchmogeln konnte.

Das Gegenmittel ist hier übrigens auch nicht die integrierte Schule: Es gehört zu den ungelösten Rätseln, warum ein Teil der Schüler:innen trotz aller eigenen Bemühungen, jener der Lehrer:innen und von Zusatzunterricht die Schule ohne diese Fähigkeiten verlassen. Und warum sie dann später sich diese mitunter doch noch aneignen können. Darum braucht es diese Lernstuben so dringend. Aber auch sie garantieren den Erfolg längst nicht bei allen.

Eine weitere erfreuliche Meldung: Mit 125 Stimmen überwies der Rat eine Einzelinitiative von Uliana Ischenko, die verlangt, dass Sitzungen des Kantonsrats und anderer Institutionen in die Gebärdensprache übersetzt werden. Dabei unterlief Anne-Claude Hensch (AL) ein herziger Halblapsus: Weil einige Redner:innen forderten, dass nur übersetzt werde, wo ein Bedürfnis bestehe, warf sie ihnen patriarchalisches Verhalten vor, um anschliessend matriarchalisch festzuhalten, dass technische Details die Gehörlosen wohl weniger als Sozialpolitik interessieren würden.

Die Auseinandersetzung um die Fachhochschulen, die am Montag vor allem ein Disput zwischen Monika Wicki (SP) und Bildungsdirektorin Silvia Steiner war, kennt eine banale Ursache: Bisher wurden die drei Fachhochschulen des Kantons Zürich vom Bund als Einheit anerkannt und vom Kanton mit einem gemeinsamen Fachhochschulrat betrieben und beaufsichtigt. Neu anerkennt der Bund jede Schule einzeln, womit sich die Funktion des Fachhochschulrats ändert. Silvia Steiner wollte dem mit einer kleinen Gesetzesrevision Rechnung tragen, stiess dabei in der Kommission allerdings auf grossen Widerstand, oder wie es der damalige Kommissionspräsident Christoph Ziegler (GLP) ausdrückte: «Aus einem kleinen Wurf wurde ein

«Aus einem kleinen Wurf wurde ein grosser Hosenlupf.»

Christoph Ziegler (GLP)

grosser Hosenlupf.» Die Kommission wollte den Hosenlupf aber schliesslich nicht respektive verschob ihn auf die Debatte um die Eigentümerstrategie der Fachhochschulen. Damit war Monika Wicki gar nicht einverstanden. Sie fand es dringend nötig, die gesamte Hochschulgesetzgebung anzuschauen und dabei auch die Doppelrolle von Silvia Steiner (sie kontrolliert als Regierungsrätin die Fachhochschulen allgemein und als Präsidentin des Fachhochschulrates im Detail, was den Rektoren viel Macht gibt) zu beleuchten und verlangte darum eine Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat.

Die SP blieb mit dieser Position alleine, was aber nicht bedeutet, dass eine Mehrheit die gesetzliche Regelung gut oder gar befriedigend findet. Das Problem dabei: Das gesetzliche Chrüsimüsi (Monika Wicki) hindert die Fachhochschulen kaum am guten Funktionieren, aber es ist für alle Liebhaber:innen guter und sorgfältiger Gesetzgebung ein Graus.

Polizei, Geschäftsbericht, AOZ

Der Zürcher Gemeinderat beschäftigte sich am Mittwoch kurz mit der Polizei und dem Geschäftsbericht 2022, hauptsächlich aber mit einem Bericht und mehreren Postulaten zur Asylorganisation Zürich.

Nicole Soland

Letzte Woche hiess der Zürcher Gemeinderat den Geschäftsbericht 2022 der Asylorganisation Zürich (AOZ) gut (siehe P.S. vom 23. Juni). Vor einem Jahr war das noch anders gewesen (siehe P.S. vom 24. Juni 2022): Damals hatte der Rat die Genehmigung des Geschäftsberichts vor dem Hintergrund der auch im Kantonsrat diskutierten Missstände im Zentrum Lilienberg verweigert. An der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend nun standen ein Bericht «zur geplanten Änderung des Leistungsauftrags an die Asyl-Organisation Zürich (AOZ)» sowie mehrere Begleitpostulate zur Debatte, doch davon später mehr.

Zum Auftakt der Sitzung gab Stadträtin Karin Rykart eine persönliche Erklärung ab zu den Vorfällen am Frauenstreik vom 14. Juni – beziehungsweise zur unbewilligten Kundgebung am Paradeplatz, die an jenem Mittwoch über Mittag stattgefunden hatte (siehe auch P.S. vom 23. Juni). Die Sicherheitsvorsteherin schickte voraus, sie habe eigentlich schon letzte Woche vorgehabt, etwas dazu zu sagen, doch sie habe «den richtigen Moment verpasst». Mit Feigheit habe das nichts zu tun. Inhaltlich erinnerte sie daran, dass die beiden kurzen Handyfilme vom Vorfall, die in den sozialen Medien kursierten, «verstörerische Bilder» enthielten, die sie nicht kalt liessen. Doch es gebe ein Vorher und ein Nachher, das auf den Filmen nicht zu sehen sei. Zu einer Situation, zu der die Fakten nicht vollständig bekannt seien, sei es falsch, Stellung zu nehmen. Karin Rykart betonte aber auch, in der Öffentlichkeit werde nur ein kleiner Teil der Polizeiarbeit im Alltag sichtbar. Die Stadtpolizei

«Zu einer Situation, zu der die Fakten nicht vollständig bekannt sind, ist es falsch, Stellung zu nehmen.»

Karin Rykart, Sicherheitsvorsteherin

Zürich leiste fast 200 Einsätze pro Tag, und meist seien die Menschen, die die Nummer 117 wählen, «froh, dass die Polizei kommt». Moritz Bögli (AL) befand, es sei zwar lobenswert, nicht zu reden, wenn noch nicht alles bekannt sei, «doch Ihr Team hat auf Twitter genau das gemacht». Samuel Balsiger (SVP) unterstellte ihr, sie habe sich bloss zu Wort gemeldet, «weil der <Tag> als linkes Leit-

medium Sie ausserordentlich stark kritisiert hat». Danach erklärte er ihr ausführlich, wie sie ihren Job zu machen habe. Michael Schmid (FDP) befand, Karin Rykart hätte «explizit» sagen müssen, was sie «implizit» gesagt habe, nämlich was die Stadtpolizei täglich für unsere Sicherheit leiste.

Die Genehmigung des Geschäftsberichts 2022 warf keine hohen Wellen: Dagegen war, wie bereits letztes Jahr, nur die SVP. Bernhard im Oberdorf argumentierte (ebenfalls wie schon letztes Jahr) damit, dass die SVP die Rechnung abgelehnt hatte und es deshalb «nichts als logisch» sei, dass sie auch den Geschäftsbericht ablehne. Die AL, die sich bei der Rechnung enthalten hatte, werde das auch beim Geschäftsbericht tun, gab Mischa Schiwow bekannt. Er kritisierte unter anderem, dass der Geschäftsbericht immer noch nach Departementen gegliedert sei: Es herrsche ein «Gärtlidenken». Mit 89 Ja, 14 Nein (der SVP) und 5 Enthaltungen (der AL) hiess der Rat den Geschäftsbericht gut.

Hauptgeschäft AOZ

Kommissionssprecher Walter Angst (AL) führte aus, die Diskussion der Ausrichtung und der Arbeit der AOZ sei spätestens seit 2019 im Gang, und es habe schon mehrere Vorstösse im Rat gegeben. Im August 2021 hatte der Stadtrat den totalrevidierten Leistungsauftrag an die AOZ festgelegt und im Rahmen dessen ein Moratorium für die Umsetzung neuer Drittaufträge für Kollektivstrukturen – namentlich Bundesasylzentren, kantonale Durchgangszentren und kantonale MNA-Zentren – beschlossen. Es gilt bis Ende dieses Jahres und soll danach nicht weiter aufrechterhalten werden. Stattdessen sollen ab dann Minimalstandards in den Leistungsauftrag an die AOZ aufgenommen werden. Ruedi Schneider (SP) sprach bezüglich des Leistungsauftrags von einem «wichtigen Schritt in die richtige Richtung» und erinnerte daran, dass die meisten MNA hier blieben. Investitionen zu Beginn ihres Aufenthalts lohnten sich deshalb auf lange Zeit. Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) sagte, es sei wichtig, dass die AOZ qualitativ gute Leistungen erbringe. Die Arbeit im Asylbereich sei anspruchsvoll, und es gelte nun, gute Mitarbeiter:innen zu finden und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Patrik Brunner (FDP) attestierte der AOZ ebenfalls, sie habe in einem «schwierigen Umfeld» agieren müssen, doch das Moratorium habe ihr gut getan. Deshalb habe sie das Vertrauen der FDP, den Weg in eine bessere Zukunft zu finden. Luca Maggi (Grüne) erinnerte daran, dass die Kinderrechtskonvention

für alle Kinder gelte und dass es auch die Aufgabe von Kanton und Bund wäre, dafür zu sorgen, dass die Vorgaben eingehalten würden.

Bei den Begleitpostulaten war nur die SVP dagegen, dass der Stadtrat die von SP, FDP, Grünen, GLP und AL verlangte Dezentralisierung und

Grüne, AL, SP, GLP und FDP wollten geprüft haben, wie die AOZ die Anzahl vulnerabler Personen «systematisch erfassen und ausweisen» könne.

Erweiterung der Betreuung und Begleitung der MNA über das 18. Altersjahr hinaus prüfen sollte: Mit 102:14 Stimmen kam dieses Postulat durch. Grüne, AL, SP, GLP und FDP wollten geprüft haben, wie die AOZ die Anzahl vulnerabler Personen «systematisch erfassen und ausweisen» könne. Zudem sollte ebenfalls ausgewiesen werden, welche Massnahmen sie ergriffen habe, um diese Personen «adäquat unterzubringen und zu begleiten». Hierzu merkte Josef Widler (Die Mitte) an, der Begriff «vulnerabel» sei «beschönigend», diese jungen Menschen seien schon verletzt, und wenn man sie nicht behandle, landeten sie im Gefängnis. Mit 103 gegen 13 Stimmen (der SVP) kam das Postulat durch.

Danach verlangten AL, SP, Grüne und GLP einige Änderungen des Leistungsauftrags. Unter anderem sollten, falls die Minimalstandards für die Unterbringung einmal nicht eingehalten werden könnten, diese innert einer Frist von sechs Monaten wiederhergestellt werden. Dazu erklärte Stadtrat Raphael Golta, wenn diese Vorgabe gelten solle, dürfe sich die AOZ nirgends bewerben – niemand könne in die Zukunft blicken. Mit 74:38 – gegen die Stimmen von FDP, SVP und Mitte/EVP – wurde das Postulat ebenso überwiesen wie das letzte, mit dem AL, SP, Grüne und GLP verlangten, mit der Verabschiedung des Leistungsauftrags sei sicherzustellen, dass dem Gemeinderat alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung gestellt würden, damit er die politische Kontrolle wahrnehmen könne. Schliesslich nahm der Rat den Bericht mit 98 gegen 12 Stimmen (der SVP) zur Kenntnis.

Mieter:innen sind nicht wehrlos!

Die Mieterhöhungswelle rollt und rollt. Rund ein Drittel der Miethaushalte haben in den letzten zwei Wochen eine Erhöhung erhalten. Der Blog von Niklaus Scherr, früherer Geschäftsleiter des MV Zürich.

Aufschlagen können die Vermieter:innen im Prinzip nur, wenn die bisherige Miete auf dem Referenzzinssatz von 1,25 Prozent beruht. Das ist bei allen Mietverhältnissen der Fall, bei denen die Miete 2020 gesenkt wurde, sowie bei allen seit März 2020 neu abgeschlossenen Verträgen. Der Erhöhungscocktail enthält in der Regel drei Komponenten:

1. Erhöhung des durchschnittlichen Hypothekenzinssatzes («Referenzzinssatz»): 3,0 Prozent pro Viertelprozent Erhöhung
 2. 40 Prozent der Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise
 3. Allgemeine Kostensteigerungen
- Die Komponenten 1 und 2 sind in Art. 13 und 16 der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) betragsmässig klar definiert.

«Allgemeine Kostensteigerungen»: ein diffuser Begriff

Eindeutig eine toxische Komponente sind die sogenannten «allgemeinen Kostensteigerungen». Ein schwammiger Sammelbegriff. Laut Art. 12 VMWG fallen darunter «Erhöhungen der Gebühren, Objektsteuern, Versicherungsprämien sowie Erhöhungen der Unterhaltskosten»; nicht als Kostensteigerungen gelten dagegen Gebühren und Steuern bei Handänderungen. Werkgebühren spielen keine Rolle, da sie in den meisten Verträgen sowieso separat als Nebenkosten verrechnet werden. Zudem sind die Gebühren für Wasser, Abwasser und Abfall ab 2021 – der AL-Gebührenpolitik im Gemeinderat sei Dank – massiv gesunken. Objektsteuern sind passé, der Kanton hat die Liegenschaftsteuer bereits in den 1980er-Jahren abgeschafft. Bei der kantonalen Gebäudeversicherung ist die Belastung in den letzten zehn Jahren stabil geblieben und auch 2023 trotz starker Bauteuerung praktisch kaum gestiegen. Bleiben im Wesentlichen nur noch höhere Unterhaltskosten.

Umstrittene Pauschalen

Für die allgemeinen Kostensteigerungen gibt es in der VMWG keine standardisierten Pauschalen. Und: Die Mieter:innen können dafür eine zahlenmässige Begründung und Belege verlangen (Art. 20 VMWG). Soweit die gesetzgeberische Theorie. In der Praxis operieren die Vermieter:innen

jedoch mit Kostensteigerungspauschalen, die im besten Fall 0,25 Prozent und im schlimmsten Fall 1,0 Prozent pro Jahr ausmachen. Die Standarderhöhungen rechnen in der Regel mit 0,5 Prozent pro Jahr. Das ergibt folgenden Mietaufschlag:

Erhöhung Referenzzinssatz	3,00%
40% der Indexteuerung	2,10%
Allgemeine Kostensteigerungen (0,5%/Jahr)	1,625%
Total	6,725%

- Sie sollten auch Pauschalen von 0,5 Prozent bestreiten, wenn ihnen nicht nur die Kosten für Heizung und Warmwasser, sondern sämtliche Betriebskosten separat als Nebenkosten verrechnet werden;

Aggressive CS-Pensionskasse

Am aggressivsten unterwegs ist die Pensionskasse der Credit Suisse, die bei den Mieter:innen im Brunaupark mit einem Prozent Kostensteigerung pro Jahr voll zulagt und insgesamt 8,35 Prozent Mieterhöhung einfordert. Bei 0,25 Prozent Kostensteigerung resultiert ein Aufschlag von 5,91 Prozent, ohne Kostensteigerungspauschale sind es noch 5,10 Prozent.

Natürlich gibt es auch die weissen Ritter, die jetzt nicht aufschlagen. Aber aufgepasst: Bei vielen ist das bloss temporär. Sie warten nur die nächste Zinssatzerhöhung auf 1,75 Prozent ab, mit der im Dezember gerechnet wird, um dann auf den 1. April 2024 zuzuschlagen. Zu den weissen Rittern gehören laut einer SDA-Umfrage aktuell etwa die SBB. Was den Bahnkonzern allerdings nicht daran hindert, bei Wiedervermietungen, etwa in der neu erstellten «Gleisarena» an der Zollstrasse, auf die eh schon übersteuerten Mieten nochmals 10 Prozent draufzuschlagen...

1 Prozent Miete sind 400 Millionen Franken

Die gesetzlich nicht normierten Kostenpauschalen müssen sich die Mieter:innen nicht gefallen lassen. Im Einzelfall und aus der Froschperspektive mag die Differenz zwischen 0,25 Prozent, 0,5 Prozent oder 1,0 Prozent Kostensteigerungspauschale als geringfügig erscheinen. Der Blick aufs grosse Ganze zeigt ein anderes Bild. Laut Mietpreis-Strukturerhebung zahlten 2021 knapp 2,4 Mio. Miethaushalte 39,6 Milliarden Franken Miete; im Kanton Zürich sind es bei gut 500 000 Haushalten 9,8 Milliarden Franken. Mit jedem Prozent Mieterhöhung fliessen schweizweit 400 Mio. Franken und im Kanton 100 Mio. Franken zusätzlich in die Taschen der Vermieter:innen.

Überhöhte Kostenpauschalen bestreiten

Mieterinnen und Mieter müssen sich diese Pauschalen nicht gefallen lassen:

- Gar kein Raum für Kostenpauschalen besteht bei weniger als zehn Jahre alten Neubauwohnungen und Wohnungen, die in den letzten zehn Jahren umfassend erneuert worden sind, weil hier kein Unterhaltsbedarf besteht;
- Bei sehr hohen Mieten führen prozentuale Kostenpauschalen – ob 0,25 Prozent, 0,5 Prozent oder 1,0 Prozent pro Jahr – zu einer krassen Überindexierung. Sie werden jeweils mit der Teuerung der Baukosten und steigendem Unterhaltsaufwand begründet. Allerdings betrifft eine allfällige Aufwandsteigerung lediglich den Anteil der Baukosten an der Miete. Bei Hochpreiswohnungen entfällt jedoch der grösste Teil – 50 Prozent und meist noch viel mehr – auf die Verzinsung des Landwertes, also auf die Bodenrente.

Erhöhungen im Mietzinsrechner überprüfen!

Fazit: Mieterinnen und Mieter sollten vor allem die pauschal geltend gemachten Kostensteigerungen genauer überprüfen. Am besten mit dem Mietzinsrechner des Mieterinnen- und Mieterverbandes (MV), der auch eine Empfehlung abgibt, ob eine Anfechtung angezeigt ist oder nicht.

Und selbst wenn der Aufschlag korrekt berechnet ist, können Mieter:innen den resultierenden Mietzins von der absoluten Höhe her als missbräuchlich bestreiten und einen übersetzten Ertrag oder einen übersetzten Kaufpreis geltend machen. Eine solche Rendite-Einsprache ist allerdings komplex und erfordert fachlichen Support von MV-Expert:innen. Eine Anfechtungsmöglichkeit besteht besonders bei Wohnungen von Immobilienfonds. Denn hier müssen die Anbieter von Gesetzes wegen ihre effektiven Gestehungskosten in den Geschäftsberichten offenlegen.

Link zum Mietzinsrechner:

<https://www.mieterverband.ch/mv/mietrechtberatung/ratgeber-mietrecht/unterlagen-tools/mietzinsrechner.html>

FORUM

Die SP 60+ ZH kämpft mit eigener Nationalratsliste

An der Jahresversammlung der SP60+ Kanton Zürich vom letzten Freitag gab es nicht nur die ordentlichen Traktanden einer Generalversammlung zu behandeln. Mit der Lancierung einer eigenen Nationalratsliste der älteren Bevölkerung und der Vorstellung einer Wahlplattform stiess der Anlass auf grosses Interesse. So konnte die Veranstaltung im SP-Sekretariat auch übers Internet verfolgt werden. Der Jahresbericht der Präsidentin Ursula Blaser blickte auf ein sehr aktives Parteijahr zurück. Leider waren zwei Rücktritte aus dem Vorstand zu verzeichnen: Niklaus Egli und Inge Schädler: Sie haben die SP60+ massgeblich mitaufgebaut und jahrelang engagiert vertreten. Ihr umfassendes Wissen in der Sozialpolitik wird fehlen. Beide wurden gewürdigt und mit Applaus verabschiedet.

Neu in den Vorstand tritt Hanspeter Göldi ein. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Ueli Annen, Ursula Blaser, Barbara Bussmann, Noëmi Holtz, Marlène Dünner Leu, Rolf Steiner und Marcel Burlet wurden bestätigt.

Dann waren alle gespannt auf die Traktanden Wahlen im Herbst und die Wahlplattform. Beides bereitete der interne Wahlausschuss aufwendig vor. Mit den Kandidierenden war der Listenplatz individuell abgesprochen worden. Ausser einem von der GV abgelehnten Umplatzierungswunsch auf der Wahlliste wurde der vorgeschlagenen Liste mit 36 Kandidierenden (17 Frauen / 19 Männer) ohne Änderung zugestimmt und ebenso die Wahlplattform unisono genehmigt.

Die acht Spitzenkandidat:innen stellten sich und ihre Motivation kurz vor. Da zeigte sich eine wahre Vielfalt von Persönlichkeiten mit reicher Lebenserfahrung. Es kandidieren auf den ersten acht Plätzen: Sabine Sieber Hirschi, Roland Kappeler, Monika Spring, Janos Blum, Myrtha Meuli, Ueli Müller, Verena Maag und Thomas Hardegger.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

Ziel dieses Engagements an den Wahlen im Herbst ist primär die Unterstützung der SP-Hauptliste, um ein zusätzliches Restmandat zu gewinnen.

Der Kampfgeist war spürbar, als dann eine Spitzenkandidatin der Nationalliste zuspitzte: «Die Alten sollen nicht nur Elektrovelo und Wohnmobil fahren, sondern in der Partei aktiv bleiben!» Dem gibt es nichts hinzuzufügen!

Marcel Burlet, Vorstandsmitglied SP 60+

IN KÜRZE

Post besetzt!

Nachdem Aktivist:innen am 2. Juni das alte Postgebäude am Wipkingerplatz knapp einen Tag lang, bevor es geräumt wurde, besetzt hatten, ist seit diesem Wochenende erneut Bewegung im leerstehenden Gebäude zu vernehmen. Es wurde wieder besetzt, trotz der ergriffenen Sicherheitsmassnahmen durch die Post bei der erstmaligen Besetzung. Obschon seit langem der Post gehörend und seit 2017 laut den Besetzer:innen leerstehend, gibt es seitens Post keine konkreten Pläne, was mit der Immobilie geschehen soll. Gegenüber ZüriToday erklärt die Medienstelle der Post lediglich, sie sei mit einem potenziellen Interessenten für die Nutzung im Gespräch, auch eine interne Nutzung sei vorstellbar. Die Nutzung im Rahmen der Besetzung ist hingegen eher kulturbezogen – Konzerte, eine Bar, Siebdruckworkshops, eine Velowerkstatt, es ist viel los im Gebäude, das zuletzt im Stillstand verharnte. Dennoch: Der Dialog mit den Pöstler:innen, wie sich die Besetzer:innen nennen, wird verwehrt – obwohl sich die Besetzer:innen dafür ausgesprochen haben. Sie hoffen, «dass diesmal ein konstruktiver Dialog mit der Post möglich ist». Laut dem Social-Media-Kanal der Besetzer:innen hat die Polizei bislang nur minimal interveniert: Lediglich einige Zivilpolizist:innen hätten sich die Besetzung genauer anschauen wollen. Und auch ein Wasserwerfer fuhr vor, es blieb jedoch trocken. sca.



Die Post hat die unerwünschten «Pöstler:innen» auf die Besetzung hin angezeigt. (Bild: Sergio Scagliola)

Uferschutz

Der Stadtrat hat die Uferschutz-Initiative abgelehnt und stattdessen dem Gemeinderat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Wie es in einer Medienmitteilung vom Mittwoch heisst, unterstütze er das Anliegen der Initiative, sei aber der Auf-

fassung, dass die Ufer mit anderen Massnahmen effektiver geschützt werden können. Der Gegenvorschlag soll alle städtischen Gewässer und baulichen Entwicklungen in Ufernähe berücksichtigen.

Die Uferschutz-Initiative zielt darauf ab, die Ufer von See und Limmat auf dem Stadtgebiet zu schützen, indem Gebäude von über 25 Metern in einem bestimmten Bereich entlang dieser Gewässer nicht erlaubt wären. Das sei zu eng gefasst, findet der Stadtrat, da die Initiative sich nur auf zwei Gewässer und Gebäude über 25 Metern Höhe konzentriert. Zudem beinhalte die Initiative irreführende Aussagen, da gemäss den geltenden und aktualisierten Richtlinien keine Hochhäuser am Seeufer vorgesehen seien, wie von der Initiative behauptet.

Der Gegenvorschlag sieht vor, dass Stadtrat und Verwaltung dafür sorgen, dass die Erholungs- und Lebensräume für Flora und Fauna entlang aller oberirdischen Zürcher Gewässer gesichert und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus sollen bauliche Entwicklungen in Ufernähe keine negativen Auswirkungen auf die gewässernahen Erholungs- und Naturräume haben, es sei denn, sie dienen öffentlichen Aufgaben. Gute öffentliche Zugänglichkeit und Erreichbarkeit der Uferzonen sollen ebenfalls gewährleistet werden.

Der Stadtrat betont, dass die Initiative keinen Einfluss auf geplante oder bereits bewilligte Bauprojekte haben werde. Auch hängige Rechtsmittelverfahren gegen solche Projekte würden von einer Annahme der Initiative unberührt bleiben. tim.

Bellerivestrasse

Am 31. Mai hat die Kantonspolizei Zürich der Stadt die Bewilligung zum geplanten Verkehrsversuch an der Bellerivestrasse verweigert. Die Begründung: Das Vorhaben, das «Tor zur Goldküste» in beide Richtungen auf je eine Fahrspur zu verkleinern, verstosse gegen kantonales sowie gegen Bundesrecht, weil die Bellerivestrasse eine Durchgangsstrasse von überkommunaler Bedeutung und eine Hauptverkehrsstrasse sei. Gegen diesen Entscheid rekurriert die Stadt nun bei der Sicherheitsdirektion des Kantons. Die Kantonspolizei sei jederzeit einbezogen und über den Versuch mehrmals detailliert informiert worden, heisst es in einer Medienmitteilung vom Mittwoch. Ausserdem habe Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart (Grüne) mehrmals an Orientierungsveranstaltungen mit allen Betroffenen aus den Quartieren und Nachbargemeinden sowie Vertreter:innen von Interessenverbänden über die ergebnisoffene Versuchsanlage informiert und versprochen, den Versuch abubrechen, sollte es wider Erwarten gravierende Verkehrsprobleme geben. Mit dem Auto-Experiment wollte die Stadt feststellen, wie sich der Verkehr auf der Bellerivestrasse verändert, wenn vorübergehend von vier auf zwei Fahrspuren reduziert wird. Die Stadt argumentierte, dass die derzeitigen vier Spuren nach der Sanierung ohnehin nicht mehr den aktuellen Normen entsprechen und somit nicht beibehalten werden können. tim.



FERIEN
D I R E K T



Viele Unterkünfte
die nur auf Sie warten



Top Reiseziele
die Sie bereisen können



Zufriedene Urlauber
die ihren Urlaub empfehlen



Problemlos buchen
und Ihren Urlaub genießen

Besuchen Sie [Ferien-Direkt.com](https://www.ferien-direkt.com)

Nach dem Debakel der Neustart?

Das Ergebnis wurde auch hierzulande mit viel Häme aufgenommen. Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten gab erst bekannt, dass Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann des Burgenlandes, als neuer Parteivorsitzender gewählt wurde. Zwei Tage später kam dann – dank einer kritischen Nachfrage eines Journalisten – die Korrektur. Nicht Doskozil, sondern der Traiskirchner Bürgermeister Andi Babler hat die Wahl gewonnen: Die Wahlkommission hatte die Resultate bei der Auszählung vertauscht.

Die Auftritte am Parteitag hätten die Wahlkommission bei ihrer Zählung eigentlich etwas ins Grübeln bringen sollen. Der Applausometer war nämlich ziemlich eindeutig.

Den Wahlen war ein jahrelanger Machtkampf vorausgegangen. Die ehemalige Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner wurde 2018 an die Parteitagspitze gewählt, als Wunschkandidatin des ehemaligen Kanzlers Christian Kern. Hans Peter Doskozil begann schon früh an ihrem Sitz zu sägen und warf ihr Führungsschwäche vor. Die inhaltliche Differenz entzündete sich insbesondere an der Migrationspolitik. Doskozil ist hier der Vertreter einer harten Linie, die Wiener SPÖ hingegen will eine humanitäre Asyl- und Migrationspolitik. Das Vermitteln zwischen beiden Positionen gelang Rendi-Wagner nicht. Die anhaltenden Machtkämpfe lösten eine Mitgliederbefragung aus, in der die Mitglieder sich in einer nicht bindenden Abstimmung dafür aussprechen sollten, wen sie als neuen Vorsitzenden wählen wollen. Auch diese Mitgliederbefragung war von Pannen begleitet. Zuerst wurden keine Hürden zur Zulassung vorgesehen, was dazu führte, dass sich 73 Personen (69 Männer und 4 Frauen) für den Parteivorsitz bewarben. Dann wurden doch noch Hürden eingebaut. Zum Schluss gab es drei Kandidierende: Neben Pamela Rendi-Wagner und Widersacher Hans Peter Doskozil stieg als Herausforderer Andi Babler ins Rennen. Dieser wurde erst vor allem von den Jungsozialist:innen unterstützt, konnte aber seine Anhängerschaft stetig ausbauen. Die Mitgliederbefragung gewann schliesslich Doskozil, aber relativ knapp: 33,7 Prozent der Mitglieder sprachen sich für ihn aus, 31,51 Prozent für Andi Babler und 31,35 Prozent für Rendi-Wagner, die sich aufgrund des enttäuschenden Resultats zurückzog. Es blieben noch Doskozil und Babler.

Die entscheidende Frage für die letzte Ausmarchung war dann, wie sich die Stimmen von Rendi-Wagner verteilen. Aufgrund der Feindschaft zwischen Doskozil und Rendi-Wagner war zu erwarten, dass deren Anhänger:innen gegenüber Doskozil Vorbehalte haben. Auf der anderen Seite gab es etliche, die Babler als nicht wählbar erachteten: zu links, zu jung, zu unerfahren. Die Auftritte am Parteitag hätten die Wahlkommission bei ihrer Zählung eigentlich etwas ins Grübeln bringen sollen. Der Applausometer war nämlich ziemlich eindeutig. Das lag zum einen an der Art der Rede. «Bablers Kontrahent in diesem Match, der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, mag eine Rede als Kanzlerkandidat gehalten haben, eine Ansprache für die Wählerschaft. Der Traiskirchner Bürgermeister Babler spricht hier als SPÖ-Vorsitzender in spe, seine Zielgruppe ist allein die Sozialdemokratie», schreibt das Nachrichtenmagazin «Profil». Dabei hat Babler gegenüber Doskozil einen weiteren Vorteil, denn Doskozil ist aufgrund von Problemen mit seinen Stimmbändern stimmlich eingeschränkt. Babler hingegen hielt die «Rede seines Lebens», wie es im Nachhinein hiess. Ohne Verschnaufpause und mit hoher Emotionalität peitschte er sich durch sein Programm, durch seine Lebensgeschichte und seine Vorstellung der sozialdemokratischen Bewegung. Und Babler schafft dabei, der zerstrittenen und desorientierten SPÖ wieder etwas Stolz zu geben. «Ich hör dann oft: Ja Andi, alles schön und gut», sagt er. «Das ist alles sozialdemokratisch, aber das ist ja was für Träumer.» Und weiter: «Wir sind also Träumer, wenn wir Kinder aus der Armut holen. Wenn wir für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sind, für ein Recht auf einen Arzttermin.» Dann ruft Babler in die Menge: «Wisst ihr, Träumer ist ein anderes Wort für Sozialdemokraten!» Der gemeinnützige Wohnungsbau sei auch ein Traum gewesen, bevor er realisiert wurde, ebenso wie der Achtstundentag, der Anspruch auf Ferien.

Doskozil war dazu ein klarer Kontrast. Dabei sprach er durchaus auch sozialdemokratische Kernbereiche wie Mindestlöhne und Pflegefinanzierung an, aber er meinte auch selbstkritisch, die SPÖ habe es verlernt, die Interessen der kleinen Leute zu vertreten, sie habe an Glaubwürdigkeit verloren. Und die Forderungen müssten auch realisierbar sein. Es reiche nicht, Dinge zu plakattieren, man müsse sie auch umsetzen können. Die Mehrheit der Delegierten wollte offensichtlich lieber etwas mutiger träumen.

Der neue SPÖ-Präsident ist durch das Auszähldebakel schlecht gestartet. Mittlerweile scheint die SPÖ in den Umfragen aber wieder zuzulegen. Klar ist, dass Babler einen Teil der Sozialdemokrat:innen begeistern kann. Die SPÖ konnte sich auch über einen grossen Mitgliederzuwachs freuen. Und Babler ist eine Person, die ein Popu-

laritätspotenzial hat. Er ist kein geschliffener Politiker, einer, der nicht nur die Arbeiter vertreten will, sondern auch selber aus einer Arbeiterfamilie stammt und als Schichtarbeiter gearbeitet hat. Er spricht Dialekt und nicht Hochdeutsch, schafft es, zuzuspitzen und zu emotionalisieren. Österreich neigt dazu, gewissen Leuten einen Superheldenstatus zuzubilligen, schreibt «Profil»-Journalistin Eva Linsinger. «Österreich, das der Altmeister der Politikforschung, Fritz Plasser, einst luzide als «Boulevarddemokratie» bezeichnet hat, hat ein seltsames Faible, Politiker zu Megastars hochzuzucken. Das ist kein erstmaliger Andreas-Babler-Effekt, dieses merkwürdige Phänomen fand in der jüngeren Innenpolitik-Geschichte mehrmals statt: Das passierte (kurz) bei Ex-Kanzler Christian Kern, das passierte (länger) bei Ex-Kanzler Sebastian Kurz.» Beide hatten ihre unkritische An-

2024 finden die Europawahlen und damit der erste Stimmungstest statt. Bis dahin muss sich weisen, ob Andi Babler ein Träumer ist oder einer, der Träume wahr werden lassen kann.

hängerschaft, bei beiden wurde Zweifel und Kritik kaum zugelassen, und bei beiden kam nach dem kompetentem Aufstieg auch der tiefe Fall.

Wie sich also Babler entwickeln wird, ist offen. In vielem ist sein Programm klassisch sozialdemokratisch, aber in gewissen Themen wird es auch Konflikte geben, nicht nur in der Asylpolitik. Auch in der Aussenpolitik hatte sich Babler Angriffsflächen geschaffen, insbesondere mit scharfer Kritik an der EU sowie altlinken Positionen in der Aussenpolitik. Hier scheint er allerdings eine gewisse Lernbereitschaft zu zeigen. 2024 finden die Europawahlen und damit der erste Stimmungstest statt. Bis dahin muss sich weisen, ob Andi Babler ein Träumer ist oder einer, der Träume wahr werden lassen kann.



Min Li Marti

Umweltfreundlich Wälder roden

Die neuen Pläne für die Erweiterung der Deponie Chalberhau sorgen für gemischte Reaktionen: von vorsichtigem Optimismus über Frustration bis Wut.

Tim Haag

«Rümi bleibt» und «gegen Abrissbagger in Wald und Quartier» war an Ostern auf Transparenten im Rümmlanger Wald zu lesen. Aktivist:innen der Gruppe «WaldstattSchutt» hatten hoch oben in den Bäumen einen defensiven Hochsitz aufgebaut, gegen die Erweiterung der Deponie Chalberhau und gegen die Rodung des kleinen, zwischen Autobahn, Gleis und Industrie eingepferchten Förstchens, das an die Deponie angrenzt (siehe P.S. vom 14. April). Der «Rümi»-Wald müsse unberührt bleiben, forderten sie, um die seltene Flora und Fauna – Dutzende uralte Eichen und bedrohte Arten wie der Plattnasen-Holzrüssler und der Mittelspecht – zu schützen. Zwei Wochen verharrten die Besetzer:innen in den Bäumen, bis die Polizei die Wald-WG ziemlich unzimperlich per Polizeihund und Gummischrotgewehr räumte.

Die Besetzung verfehlte ihre Wirkung aber nicht: Das auf den ersten Blick kaum bemerkenswerte Waldstück fand durch sie ihren Weg in den öffentlichen Diskurs, linksgrüne Parteien solidarisierten sich mit den Aktivist:innen. Und am vergangenen Montag gaben Kanton und die zuständige Baufirma Eberhard bekannt, dass man bei der Erweiterung der Deponie einlenke. Ein bisschen zumindest.

In Zahlen ausgedrückt ist das Bisschen zweieinhalb Hektaren gross. Statt der ursprünglich geplanten Rodung von 10,5 Hektaren Wald und 1500 Bäume sieht der neue, als umweltschonend

angepriesene Plan «nur» das Kahlschlagen von 8 Hektaren und 1000 Bäumen vor. Besonders auf die alten Eichen werde im neuen Projekt «Chalberhau Mitte», das sich beim Kanton gegen 9 andere Vorschläge durchsetzte, mehr Rücksicht genommen, wie Michael Bebi, Leiter Ressourcen bei Eberhard, sagt. Heisst: Statt 32 werden 13 Exemplare gefällt. Ausserdem sollen um die Eichen wohnhafte Fledermäuse umquartiert und die gerodeten Bäume durch das Pflanzen von Bäumen in einem Wald bei Rheinau im Zürcher Weinland ersetzt werden. Diese Ersatzmassnahmen verlangt das Waldgesetz.

Positiv überrascht und dankbar

Die Kantonsrätin Wilma Willi (Grüne) ist von der Präsentation der neuen Chalberhau-Pläne positiv überrascht: «Die Tonalität hat sich geändert. Dass am Montag plötzlich nicht mehr nur wir Naturschützer:innen und die Baudirektion, sondern auch die Vertreter der Firma Eberhard einen Fokus auf die Naturwerte gelegt haben, empfinde ich als wichtigen Schritt.» Es müsse zwar noch einiges geklärt werden, betont Willi, zum Beispiel, was mit der Bewirtschaftung des umliegenden Waldstücks passiere oder welche Lebensräume genau von der Erweiterung in ihrer aktuellen Form tangiert seien. Aber: «Man merkt, dass die Behörden und die ausführende Firma Zeit und Ressourcen investiert haben, um eine akzeptable Lösung zu suchen, und dafür bin ich dankbar.»

An der falschen Wurzel angepackt

Judith Stofer, die im Mai zusammen mit Willi eine Anfrage zum Thema Chalberhau an den Regierungsrat gestellt hat, ist anderer Meinung: «Es bringt doch nichts, «nur» 1000 anstatt 1500 Bäume zu fällen», findet die AL-Kantonsrätin. Die einzig

richtige Strategie sei, den Wald ganz in Ruhe zu lassen. «Es handelt sich hier nicht um Pappeln, die in einigen Jahren wieder nachgewachsen sind, sondern um wertvolle, uralte Eichen, die für die Biodiversität eminent wichtig sind und nur sehr langsam wachsen.» Aus diesem Grund gleicht für Stofer die Ersatzmassnahme, im Zürcher Weinland neue Eichen zu pflanzen, einer Farce – genau wie das ursprüngliche Projekt: «Dass man jetzt eine Kompromisslösung finden konnte zeigt, dass die ursprüngliche Planung eine überdimensionierte Luxusvariante war, die wie auf einem Basar heruntergehandelt werden kann.»

Stofer sieht den eigentlichen Handlungsbedarf an der Wurzel des Deponie-Platzmangels: «Würden wir weniger Gebäude abreissen und durch Neubauten ersetzen, hätten wir auch weniger Bauschutt, der die Deponien überfüllt. Es kann doch nicht sein, dass wir im Luxus ertrinken und dadurch die Natur zerstören.» Immerhin, so Stofer, gebe es noch die Möglichkeit, per Einsprache und mit Rechtsmitteln gegen die Chalberhau-Erweiterung vorzugehen.

Widerstand bei WaldstattSchutt

Mindestens so unzufrieden zeigen sich die Aktivist:innen von WaldstattSchutt: Es habe sich trotz einigen Anpassungen am Projekt substanzial nichts geändert, lassen die Besetzer:innen auf Telegram verlauten. Auch den von Willi gelobten Fokus auf Naturwerte kaufen sie der Firma Eberhard nicht ab. Stattdessen habe sich der CEO der Baufirma in seinen Klimaschutzbegehren bloss «während 20 Minuten selbst abgefeiert.» Ihr Verdikt: «Bullshit.»

Frühestens ab Sommer 2024 ist der Baustart im Rümmlanger Wald geplant. Nach den Sommerferien liegt die Auflage für die Bevölkerung öffentlich vor.

Cartoon by Roman Prelicz



Stillstand

Diese Woche hat der Bundesrat Alexandre Fasel zum neuen EDA-Staatssekretär ernannt. Sofort überschlugen sich die verbliebenen Schweizer Medientitel mit Psychogrammen, die Rückschlüsse auf die Eignung des neuen obersten Diplomaten zulassen. So erfuhr man etwa, dass Fasel der CVP nahestehende und früher einmal Autorennen gefahren sei. Als ob das gute Voraussetzungen wären, um zu kompromisslern oder im EU-Dossier durchzustarten.

Fasel ist zweifellos ein erfahrener und hochkompetenter Verhandlungskünstler. Ob die Beziehungen der Schweiz mit der EU endlich auf eine solide, zukunftsfruchtige Basis gestellt werden können, wird aber kaum etwas mit ihm zu tun haben. Ansonsten müsste man im Umkehrschluss ja konstatieren, dass die fünf (!) bisherigen in der fraglichen Zeit für die EU zuständigen StaatssekretärInnen Rossier, de Watterville, Baeriswyl, Balzaretto und Leu allesamt unfähig gewesen seien und das Verhältnis Schweiz-EU aufgrund

Gute Diplomaten:innen verhandeln, was man ihnen aufträgt. Und da liegt das Problem.

laugigen Verhandlungsgeschicks belastet ist.

Gute Diplomaten:innen verhandeln, was man ihnen aufträgt. Und da liegt das Problem. Der zuständige Aussenminister ist primär damit beschäftigt, sein ramponiertes Image aufzupolieren und seine Wiederwahl im Dezember zu sichern. Und die rechte Mehrheit im Bundesrat blockiert sämtliche Vorschläge, die wie bei den Bilateralen I und II einen

Kompromiss mit den Sozialpartnern ermöglichen würden. Damals, den EWR-Schock noch in den Knochen, war allen klar: Nur wenn der Wohlstandsgewinn der europäischen Öffnung auch der breiten Bevölkerung zugutekommt, wird diese mehrheitsfähig sein.

Das Problem an der verkackelten Situation mit Europa ist ein politisches. Wollen Mitte und FDP eine mehrheitsfähige Lösung gegen die rechtsnationalistische SVP finden und die europäische Integration voranbringen, die der Schweiz wirtschaftlich und politisch extrem gut getan hat, oder nicht? Seit zwei Jahren finden Vorschläge, welche die allgemein bekannten Probleme lösen würden, im Nationalrat regelmässig eine Mehrheit: Der Auftrag für einen Parlamentsbeschluss über die Ziele der Europapolitik nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen, ein Europa-Gesetz, den Vorschlag eines Stabilisierungsabkommens inklusive der Bezahlung des geschuldeten Kohäsionsbeitrags, eine Analyse zur Angleichung und Verbesserung des Lohnschutzes ans europäische Recht, Aufträge zur engeren Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz – dies alles und noch mehr hat die Grosse Kammer beschlossen. Genauso sicher ist aber: Die Mehrheit aus Mitte und FDP im Ständerat hat oder wird alle diese Vorschläge wieder ablehnen.

Wären die Mehrheitsverhältnisse im Ständerat und im Bundesrat so wie im Nationalrat, hätte die Schweiz längst ein gerechtes Zusammenarbeitsabkommen mit der EU abgeschlossen. It's the majority, stupid! Ob die Schweiz weiter den Stillstand zelebriert oder europapolitisch in die Offensive geht, hängt massgeblich von den Wahlen am 22. Oktober ab. Fasels Erfolgsaussichten werden dann entschieden.



Fabian Molina, Nationalrat SP

Rückenwind dank Klimaschutz-Ja

Das deutliche Ja zum Klimaschutzgesetz zaubert mir auch fast zwei Wochen später noch jeden Tag ein Lächeln ins Gesicht. Das gibt Rückenwind für die Grünen im Schlusspurt auf den Wahlherbst. Und Rückenwind für den Green New Deal, den wir Grünen gemeinsam mit der SP dank unserer Klimafonds-Initiative wollen.

Zum ersten Mal ist im Klimaschutzgesetz verankert, dass die öffentliche Hand mithelfen soll, den dringendsten nötigen Ausstieg aus dem Erdölzeitalter zu unterstützen. Das gleiche Prinzip liegt der Klimafonds-Initiative zugrunde. Bloss umfassender. Bis zu ein Prozent des BIP soll künftig investiert werden in die ökologische Transformation, in die Energiewende. Und in den Schutz der Biodiversität: Mehr Grün statt Grau, das hilft auch gegen Hitzeinseln in den Städten, gegen Überschwemmungen bei Starkregen und für eine vielfältige Natur, die sich auch gegen Klimaextreme besser behaupten kann.

Für mich ist das Ja zum Klimaschutzgesetz auch eine ganz persönliche Genugtuung. War ich doch seit sieben Jahren ganz von Beginn weg an diesem Projekt mitbeteiligt, auf Anstoss des «Erfinders» der Gletscherinitiative, Marcel Hänggi.

Marcel hatte im Frühling 2016 viele Freundinnen und nahe und weite Bekannte wie mich angeschrieben. Seine Idee: das Pariser Klimaziel und den Weg dorthin in die Verfassung schreiben. Ich war der einzige Nationalrat, der damals ganz klar fand: Da bin ich dabei. Aber erst, nachdem klar ist, ob die Initiative für eine grüne Wirtschaft der Grünen abgelehnt wird. Diese Initiative hätte nämlich den ökologischen Fussabdruck eins zu eins in die Verfassung geschrieben, bis 2050. Sprich: Klimaschutzziel wie die Gletscherinitiative + Umweltziele in vielen anderen Bereichen darüber hinaus auch.

Nach dem bedauerlichen Nein zur grünen Wirtschaft trafen sich Marcel, sein Bekannter Daniel Speich Chassé und ich am 2. November 2016 an meinem Esstisch. Von da an kamen immer mehr Leute hinzu. Mit Fachwissen. Mit Kampagnenideen. Mit rechtlichem Know-How. Mit finanzieller Unterstützung. Und

Und ich frage mich optimistisch: Was können wir erst erreichen, wenn wir endlich auch im Bundesrat sind?

mit viel Leidenschaft. Bei garstigem Hadelwetter wurde schliesslich am 25. August 2018 der Verein für die Gletscherinitiative gegründet, 2019 für die Initiative gesammelt.

Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz bekam die Gletscherinitiative eine neue Rolle. Statt die zweite Stufe zum Klimaschutz zu zünden, sollte sie nun zum Rettungsschirm werden. Und das gelang. Da konnten die Grünen, vorab der damalige Umweltkommissions-Präsident Bastien Girod, hinter den Kulissen viel aufgleisen und dank unserer Vertretung im Ständerat auch dort mitgestalten.

Für mich ist das ein gelungenes Beispiel, wie wir grüne Bewegung in die Politik bringen. Dafür braucht es viele Menschen hinter und vor den Kulissen. Hartnäckigkeit, Kompetenz, Vernetzung und Offenheit zur Zusammenarbeit. Zentral war unsere starke Vertretung in National- und Ständerat. Und ich frage mich optimistisch: Was können wir erst erreichen, wenn wir endlich auch im Bundesrat sind?



Balthasar Glättli, Präsident Grüne

«Wenn der Faschismus vor Israels Türe steht, kann sich vielleicht etwas verändern»

Ein Gespräch mit Edo Konrad und Amjad Iraqi vom israelischen Online-Magazin +972.mag, geführt von Shelley Berlowitz und Sibylle Elam.

Im letzten halben Jahr sind Hunderttausende jüdischer Israelis auf die Strasse gegangen, um gegen die sogenannte «Justizreform» der neuen rechts-extremen Regierung zu protestieren. Geht es bei diesen Protesten ausschliesslich um den Schutz der Demokratie für Israels jüdische Bürger:innen? Oder können sie zu einer umfassenderen Auseinandersetzung mit Israels Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung führen?

Edo Konrad: Die Demonstrant:innen sehen diese Justizreform zu Recht als ein Versuch der Ultrarechten und der religiösen Fundamentalisten, sich die Macht zu sichern, als einen Angriff auf die liberale Rechtsordnung. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass der Regierung ihr Coup gelingt, und es ist den Protestierenden zu verdanken, dass sie es bisher geschafft haben, die Kernanliegen des Justizsturzes zu verhindern. Die Demonstrierenden wollen die Demokratie, die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltentrennung bewahren, aber die meisten sehen nicht, dass Demokratie auch mit der israelischen Besetzungs- und Apartheidspolitik zusammenhängt. Diese Regierung hat klar gesagt, dass sie die jüdische Vorherrschaft auf dem ganzen Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer will, die Siedlungen ausbauen, die Westbank annekieren.

Amjad Iraqi: Die meisten Protestierenden sind auch blind für den Zusammenhang zwischen der Justizreform und der Lage der palästinensischen Bevölkerung innerhalb Israels, welche etwa zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung stellt. In den frühen Neunzigerjahren gab es eine konstitutionelle Revolution mit der Verabschiedung von neuen Grundgesetzen. Sie ermöglichte es auch den Palästinenser:innen beidseits der grünen Linie [d.h. sowohl innerhalb der Grenzen Israels bis 1967 wie in den besetzten Gebieten] an den Obersten Gerichtshof zu gelangen. Und von diesem Recht wurde gut organisiert Gebrauch gemacht, in der Hoffnung auf Gleichberechtigung als Bürger:innen. Tatsächlich waren diese Klagen beim Obersten Gericht nicht sehr erfolgreich – mehr als neunzig Prozent davon wurden abgelehnt, dazu gibt es eine statistische Untersuchung. Aber für die Ultrarechte genügte dies, um darin eine Bedrohung zu sehen, dass sich damit die jüdische Identität des Staates verändern könnte.

Weshalb schliessen sich die Palästinenser:innen denn nicht den Protesten mit ihren eigenen Anliegen an?

A. I.: Der wichtigste Symbolträger dieser Proteste ist die israelische Fahne, der jüdische Davidstern, der die jüdischen Israelis anspricht, aber nicht uns. Denn diese Fahne ist kein Symbol für Frieden und Befreiung, sondern die Fahne derjenigen, die unser Land genommen haben. Über diese Fragen wollen die Israelis nicht sprechen, auch nicht über unsere Diskriminierungen.

Ihr sagt, diese Proteste haben Mängel, weil sie nicht die fundamentalen Fragen zur Demokratie ansprechen. Heisst dies für euch, sie bringen nichts?

E. K.: Alle Massenproteste haben Potenzial. Sie bedeuten, dass man der Politik nicht einfach alles überlässt. Andererseits verstehe ich die palästinensische Bevölkerung, welche sagt, das ist nichts für uns, es ist eine Diskussion unter Zionist:innen, welche Art von Regierung sie vertreten soll: eine ultrarechte, die Palästinenser:innen unterdrückt, oder eine «gemässigte», die Palästinenser:innen ebenfalls unterdrückt. Dennoch haben diese Hunderttausende, welche wöchentlich auf die Strasse gehen, auch die Möglichkeit, etwas zu verändern.

«Alle Massenproteste haben Potenzial. Sie bedeuten, dass man der Politik nicht einfach alles überlässt.»

Edo Konrad, Chefredaktor +972

Bei den Protesten in Jerusalem, in Haifa, in Tel Aviv gibt es immer auch einen «Anti-Besatzungs-Block». Diese Leute kommen mit palästinensischen Fahnen, die meisten sind jüdische Israelis, sie werden manchmal angegriffen, geschlagen, verhaftet. Die Leute vom Anti-Besatzungs-Block leisten eine sehr wichtige Arbeit. In Tel Aviv zum Beispiel führt der Weg zur Bühne, wo all die grossen Generäle und Politiker sprechen, an diesem Block vorbei. Das heisst man kommt nicht darum

herum, die palästinensischen Fahnen zu sehen und Slogans für Gleichheit und gegen Apartheid.

Wie kommt es, dass dieser Oberste Gerichtshof ein so gutes Renommee hat, auch ausserhalb Israels?

E. K.: Das Oberste Gericht legitimiert Israel international. Israel sagt, wir haben einen Obersten Gerichtshof, an den auch die Palästinenser:innen gelangen können. Zum Beispiel wenn jemand Landbesitz hat in der Westbank, und das Land wird ihm genommen, kann er vor dem Obersten Gericht klagen – auch wenn ihm das in den allermeisten Fällen nichts hilft. Es dauert Jahre, bis ein Entscheid gefällt wird, aber Israel kann behaupten, bei uns geht alles mit rechten Dingen zu, bei uns können auch Palästinenser:innen gegen den Staat klagen. All dies hat den Zweck, ein demokratisches Image für einen Staat zu bewahren, der auch ein Apartheid-Staat ist. Wenn das Oberste Gericht entmachtet wird und Israel kein unabhängiges Justizsystem hat, dann können unsere Soldaten, Offiziere, Generäle vor dem Internationalen Haager Gerichtshof angeklagt werden.

Ihr seid beide israelische Staatsbürger. Welche rechtlichen Unterschiede bestehen zwischen euch?

A. I.: Ein palästinensischer Flüchtling, dessen Grosseltern aus Jaffa oder Haifa stammen, hat kein Recht, zurückzukommen. Ein jüdischer Mensch ausserhalb Israels kann sich aber jederzeit in Israel niederlassen und die israelische Staatsbürgerschaft annehmen, aufgrund des sogenannten Rückkehrgesetzes. Das Recht auf Rückkehr der Jüdinnen und Juden ist nach 2000 Jahren nicht erloschen, aber dasjenige der Palästinenser:innen bereits nach einigen Dekaden. Innerhalb Israels wird das meiste Land vom Jüdischen Nationalfonds verwaltet, der es nur Juden und Jüdinnen verkaufen oder vermieten darf. Nur zur Erinnerung: 93 Prozent des israelischen Bodens ist in Staatsbesitz. Und die Gesetze sind so angelegt, dass Nichtjüd:innen kein Land kaufen können. Oder das Gesetz zu Familienzusammenführungen: Wenn Edo jemanden von ausserhalb Israels heiraten will, kann er sie hierherholen. Wenn ich jemanden aus der Westbank oder aus Gaza heiraten möchte, auch wenn diese Person absolut kein Sicherheitsrisiko darstellt, ist mir dies verwehrt.



Edo Konrad (links) und Amjad Iraqi haben vergangene Woche an Podien in Zürich und Bern zum Thema «Mythen und Realitäten der israelischen Anti-Regierungs-Proteste» gesprochen. (Bilder: zVg)

Es ist für palästinensische Staatsbürger:innen also schwieriger, Land zu erwerben. Wir hören immer wieder, dass palästinensische Städte und Ortschaften zu dicht besiedelt sind, weil sie sich nicht ausdehnen können.

E.K.: Es gibt eine palästinensische Mittelschicht, welche sich nach mehr Wohnraum umschaut. Bauen können sie oft nur illegal, solche neuen Häuser werden oft von den Behörden wieder zerstört. Also entschlossen sie sich, sich ausserhalb ihres bisherigen Wohnorts etwas zu suchen, auch in jüdischer Nachbarschaft. Palästinenser:innen können endlos Geschichten erzählen, wie sie sich um eine Wohnung bemühen, und es heisst, an euch vermieten wir nicht. Solche Erfahrungen mache ich als jüdischer Israeli nicht.

A.I.: Es gibt eine ganze Anzahl von Gesetzen, die sicherstellen sollen, dass die jüdische Bevölkerung Priorität beim Landbesitz erhält. Land, wel-

«Es gibt eine ganze Anzahl von Gesetzen, die sicherstellen sollen, dass die jüdische Bevölkerung Priorität beim Landbesitz erhält.»

Amjad Iraqi, leitender Redaktor +972

ches die Flüchtlinge 1948/49 zurückliessen, wurde vom Staat konfisziert, der es dann den jüdischen Israelis zur Verfügung stellte. Das wurde vor allem in den frühen Jahren des Staates so praktiziert. Und es gibt ein neueres Gesetz, das es kleineren Siedlungen ermöglicht, sogenannte Zulassungskomitees zu bilden, welche den Zuzug von Leuten, die ihnen aus «kulturellen» oder «religiösen» Gründen nicht passen, verwehren kann. Und es ist klar, gegen wen sich dieses Gesetz wendet, auch wenn es neutral formuliert ist.

Seht ihr die Möglichkeit, dass die jetzige Regierungskoalition auseinanderbricht?

E.K.: Es gab bereits mehrere grosse Krisen – als Ministerpräsident Netanjahu den Verteidigungsminister Yoav Gallant entlassen wollte oder bei der Verabschiedung des Budgets –, doch die Regierung konnte sich immer retten. Unsicher ist, was für Folgen die Gewalttätigkeiten und Pogrome haben werden, die wir jetzt in den besetzten Gebieten erleben. Werden sie dazu führen, dass der Fokus der Protestbewegung sich auf die Besetzung richtet? Israelis sind bereit, über die Symptome zu sprechen, aber nicht über deren Ursache. Die Gewalt, die rechtsradikale Regierung – das sind alles Symptome für die seit 56 Jahren andauernde Besetzung und für einen Staat jüdischer Vorherrschaft, in welchem die jüdische Bevölkerung mehr Macht und Privilegien hat als die palästinensische.

A.I.: Ich möchte ganz klar sagen, dass es sich um jüdische Vorherrschaft in Israel/Palästina handelt, das hat gar nichts mit antisemitischen Vorstellungen einer jüdischen Konspiration zu tun. Diese Aussage kann nur im israelisch-palästinensischen Kontext gemacht werden. Es ist mir sehr wichtig, dies zu betonen, weil dieser Begriff «jüdische Vorherrschaft» auch von Antisemit:innen missbraucht werden kann. Aber es geht darum, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung einsieht, dass eine hier bereits ansässige Bevölkerung von Leuten vertrieben wurde, die vorher nicht hier lebten.

Kann man sagen, dass der Fall dieser Regierung noch lange nicht bedeuten würde, dass sich in diesen Fragen etwas ändert?

E.K.: Die vorherige Regierung nannte sich eine Regierung des Wandels. Sie war es, die mit den täglichen grossen Razzien in der Westbank begann, bei welchen Palästinenser:innen verhaftet und auch getötet wurden. Das war die Regierung, welche die Siedlungen vergrösserte, welche stolz darauf war, dass sie mehr palästinensische Häuser zerstörte als unter der vorangegangenen Regierung unter Netanjahu, welche mehrere Menschenrechtsorganisationen für illegal erklärte, welche den Weg für das, was wir heute sehen, in vielerlei Hinsicht frei gemacht haben.

Besteht die Chance, dass sich eine breite Anti-Besatzungs-Allianz bildet?

E.K.: Ich denke, dass die sehr kleine radikale Linke jetzt daran ist, eine solche Strategie aufzubauen. Aber auch sie wird die jüdische Vorherrschaft nicht beenden können. Dazu braucht es die Palästinenser:innen und Unterstützung von aussen, von anderen Staaten. Die liberale israelische Bevölkerung muss begreifen, dass der Preis für die jüdische Vorherrschaft zu hoch ist. Bisher konnte sie in dem Gefühl leben, das sie das alles nicht direkt betrifft. Aber wenn der Faschismus vor der Türe des liberalen Israels steht, dann kann sich vielleicht etwas verändern.

A.I.: Ich denke, dass dieser Kampf von den Palästinenser:innen angeführt werden muss. Aber die palästinensische Gesellschaft ist so fragmentiert, dass nicht mehr klar ist, wohin der Kampf gehen muss. Und der israelische Staat versucht alles, um die palästinensische Gesellschaft noch mehr zu spalten. Die radikale Linke kann diesen Kampf nicht alleine führen.

DAS ONLINE-MAGAZIN +972

Edo Konrad ist Chefredaktor des Online-Magazins +972. Er ist jüdischer Staatsbürger und lebt in Tel Aviv. Amjad Iraqi ist leitender Redaktor bei +972, palästinensischer Staatsbürger Israels und lebt in Haifa.

Konrad und Iraqi haben vergangene Woche an Podien in Zürich und Bern zum Thema «Mythen und Realitäten der israelischen Anti-Regierungs-Proteste» gesprochen, die vom Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina und der Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina veranstaltet wurden.

Für das Online-Magazin +972 arbeitet eine Gruppe palästinensischer und israelischer Journalist:innen. Es definiert sich als Stimme vor Ort für Leute, welche für Gerechtigkeit, Befreiung und Menschenrechte kämpfen.

«Hoffnung ist das Einzige, was uns am Leben hält»

Ein Besuch in Gaza, der nachdenklich macht.

Ueli Schwarzmann*

Auf dem Flug von Zürich nach Tel Aviv fragten wir uns, was uns in Gaza wohl erwarten würde, da die neue rechtsnationalistische israelische Regierung die Konflikte im Westjordanland und im Gazastreifen anheizt. Dies überlegten sich die Mitglieder der Delegation des Vereins Kampagne Olivenöl aus Palästina (www.olivenoel-palaestina.ch). Die Kampagne importiert Olivenöl, für das den Bauern ein fairer Preis bezahlt wird. Mit dem Gewinn aus dem Verkauf werden gemeinnützige Projekte in Gaza und im Westjordanland unterstützt. Neben der Kampagne gibt es weitere schweizerische Organisationen, die Projekte in Palästina unterstützen, beispielsweise das HEKS, der CFD und Medico International.

Dramatische Situation im Gazastreifen

Im Gazastreifen, der 1967 von Israel besetzt wurde, leben ca. 2,2 Millionen Menschen. Das israelische Militär zog sich 2005 zurück. Mit einer Fläche von nur 360 Quadratkilometern zählt Gaza zu den am dichtesten bevölkerten Gebieten der Erde. Gaza ist eingeschlossen durch Mauern und Zäune; es gibt lediglich zwei Grenzübergänge, der eine nach Israel, der andere nach Ägypten. Ausreisegenehmigungen werden von Israel nur in seltenen Fällen bewilligt. Viele bezeichnen Gaza als grösstes «Freiluftgefängnis». Die wirtschaftlichen Probleme sind enorm: eine Arbeitslosigkeit je nach Altersgruppe von 40 bis 60 Prozent. Die Folge davon ist eine weitreichende Verarmung der Bevölkerung.

Gaza ist eingeschlossen durch Mauern und Zäune; es gibt lediglich zwei Grenzübergänge, der eine nach Israel, der andere nach Ägypten.

Zirka 70 Prozent der Bevölkerung lebt in Armut, und 80 Prozent der Familien sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Trotzdem gibt es auch Bewohnerinnen und Bewohner, die sagen, dass sie lieber in Gaza als im Westjordanland leben, da sie immerhin innerhalb des Streifens mit keinen israelischen Soldaten, Siedlern oder Checkpoints konfrontiert sind.



Wie sieht wohl die Zukunft dieser jetzt so fröhlich wirkenden Kinder aus? Wie gehen sie mit all den traumatischen Erlebnissen um? (Bild: zVg)

Nadelstiche und tödliche Raketen

Die Einreise nach Gaza gelang uns ohne Schwierigkeiten. In der Nacht zuvor wurde zwar ein Fabrikgebäude von israelischen Raketen zerstört. Glücklicherweise wurden aber keine Menschen verletzt oder getötet. Eine unserer Kontaktpersonen erzählte: «Die Raketen der militanten islamistischen Gruppen, die nach Israel abgeschossen werden, sind Nadelstiche im Vergleich zu den israelischen Bombardierungen. Die israelische Bevölkerung wird zwar verunsichert. Aber die Menschen dort können sich immerhin in Schutzräumen in Sicherheit bringen. Dagegen haben wir in Gaza keine sichere Zuflucht. Und die israelischen Bomben sind tödlich.» So wurden beispielsweise im Gaza-Konflikt im Juli 2014 nach Angaben der UNO 1843 palästinensische Zivilisten und 67 Israelis getötet.

Interessante Begegnungen

In Gaza Stadt trafen wir uns mit Dr. Aed Yaghi, dem zuständigen Direktor der Palestinian Medical Relief Society (PMRS), und mit Jamal Al Rozzi, Direktor der National Society for Rehabilitation (NSR), der uns in den folgenden Tagen begleitete und fachkundig informierte. Die PMRS (www.pMrs.ps) ist eine der grössten Basisorganisationen im Gesundheitsbereich, die 1979 von palästinensischen Ärzten und Fachleuten des Gesundheitswesens gegründet wurde, um die durch

die israelische Militärbesatzung unzureichende Gesundheitsorganisation zu verbessern. Die NSR wurde 1990 gegründet und hat die Zielsetzung, Verletzte und Menschen mit einer Behinderung in den Alltag einzugliedern. Sie bietet verschiedene Dienstleistungen an wie Sozialarbeit, Physiotherapie, Ergotherapie, Hilfsmittel. Sie ist in verschie-

Israel hat momentan die Grenze für ca. 13 000 Arbeiter geöffnet, die in Israel arbeiten können. Sie verdienen dort ca. zehnmals mehr als in Gaza; allerdings weniger als israelische Arbeiter.

denen ambulanten Beratungsstellen und Kliniken organisiert.

In einem regen Austausch mit unseren Kontaktpersonen erhielten wir wertvolle Informationen. So wird das Eingeschlossensein in Gaza verständlicherweise als sehr belastend empfunden. Israel hat momentan die Grenze für ca. 13 000 Arbeiter geöffnet, die in Israel arbeiten können.

Sie verdienen dort ca. zehnmal mehr als in Gaza; allerdings weniger als israelische Arbeiter. Dennoch ist diese Möglichkeit eine grosse ökonomische Hilfe.

Kinder ohne Zukunft?

Auf unseren Wunsch machten wir eine Besichtigungstour durch Gaza. Es besteht ein reger Autoverkehr auf den Strassen, sodass man sich als Fussgänger nicht wohl fühlt. Neben den vielen ärmlichen Häusern und Siedlungen fuhren wir auch an schönen Wohnhäusern, gepflegten Restaurants und einigen attraktiven Hotels vorbei. Es ist hier wie überall, es existieren verschiedene Schichten, unglaublich viel Armut; aber es gibt auch Menschen, die in guten Verhältnissen leben.

Es ist hier wie überall, es existieren verschiedene Schichten, unglaublich viel Armut; aber es gibt auch Menschen, die in guten Verhältnissen leben.

In Gaza City hat es eine kleine hübsche Altstadt. Ausländische Besucherinnen und Besucher sind selten, sodass wir sofort auffielen. Kinder suchten Kontakt mit uns; einige sprechen sogar ein paar Brocken Englisch. Nach einer anfänglichen Scheuheit strahlten sie. Sie liessen sich gerne fotografieren. Diese Begegnungen machten uns nachdenklich. Wie sieht wohl die Zukunft dieser jetzt so fröhlich wirkenden Kinder aus? Wie gehen sie mit all den traumatischen Erlebnissen um?

Studentinnen mit düsteren Berufsperspektiven

Durch Vermittlung eines Professors, der in Deutschland promoviert hatte, erhielten wir die Gelegenheit, die Islamic University zu besuchen und uns mit einer Gruppe Studentinnen und Studenten auszutauschen. Die Islamic University ist eine der vier Universitäten in Gaza, an der 10000 Frauen und 7000 Männer studieren. Für schweizerische Verhältnisse ist die Universitätsdichte im Westjordanland und Gaza enorm. Ca. 70 Prozent der jungen Palästinenserinnen und Palästinenser haben einen Hochschulabschluss (meistens Bachelorstufe). Die Berufsperspektiven sind aber düster. Aus unserer Sicht wünscht man Palästina (wie auch vielen anderen Ländern) ein duales Bildungssystem, das wohl ein grösseres ökonomisches Potenzial für die Betroffenen hätte. Der Professor führte uns zuerst durch die Universität und zeigte mit Stolz einen Raum, wo Embleme von verschiedensten europäischen und aussereuropäischen Universitäten aufgehängt sind, mit denen diese Universität Kontakt pflegt. Auch die Schweiz ist vertreten mit der Université de Neuchâtel. Die Klassen werden

geschlechtergetrennt unterrichtet. Wenn man durch den Campus spaziert, sieht man fast ausschliesslich Gruppen entweder von Frauen oder Männern; kaum jemals mischen sich die Geschlechter. In den Universitäten im Westjordanland sind die Klassen gemischt.

Wir trafen uns mit einigen Studentinnen und Studenten. Beeindruckend sind die sehr guten Englischkenntnisse dieser Frauen und Männer; einige sprechen akzentfrei. Niemand von ihnen hat jemals Gaza verlassen können, um einen Aufenthalt in einem englischsprachigen Land zu machen. Die jungen Frauen und Männer machten einen äusserst interessierten und motivierten Eindruck. Eindrücklich sind ihre Aspirationen und Träume. Sie wollen mit ihrer Ausbildung einen Beruf ausüben, um für die Gesellschaft einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Verschiedene möchten im Ausland weiterstudieren, aber wissen bereits jetzt, dass das fast unmöglich ist, ausser man erhält ein Stipendium einer ausländischen Universität. Sie sind hoffnungsvoll, aber sind sich auch ihrer schwierigen Situationen bewusst. So die eine junge Frau: «Das tägliche Leben ist schwierig. Jeden Tag kann etwas passieren. Wir wissen nicht, wann wir wieder von Israel angegriffen werden. Ich habe auch Familienmitglieder, die so getötet worden sind.» Auch politisch äussert sich eine Studentin: «Wir haben die Hamas, und sie verteidigt uns.» Wir waren beeindruckt von diesen jungen Menschen; gleichzeitig stimmte uns ihre Realität nachdenklich.

Wichtige Unterstützung

Die Tour mit dem Direktor der NSR, Jamal Al Rozzi, gab uns Einblick in eine andere Realität. Hier ging es um Menschen mit einer Behinderung, denen geholfen wird. Die Kampagne leistet einen Beitrag von 35000 Franken, mit dem viele Familien, die in Armut leben, Hilfsmittel für behinderte Mitglieder erhalten; zudem werden damit nötige Anpassungen an den Wohnungen ermöglicht.

Wir besuchten sieben Familien. Zwei Beispiele: Eine junge Mutter mit zwei Knaben, die im 7. Stock eines Hauses ohne Lift wohnt. Der zehnjährige Karem benötigt einen Rollstuhl. Desweiteren wurden bauliche Anpassungen im Badezimmer gemacht sowie eine Batterie installiert, welche die Stromversorgung im Notfall sicherstellt, da in Gaza der Strom immer wieder ausfällt. Karem muss aufgrund seiner Behinderung und der Wohnsituation zu Hause unterrichtet werden.



Der Gazastreifen: Detailansicht und Übersichtskarte der Region. (Bild: zVg)

Wir haben den uns begleitenden Sozialarbeiter gefragt, ob nicht eine optimalere Wohnsituation organisiert werden könnte. Die Antwort war für uns nicht nachvollziehbar. «Es handelt sich um eine heikle Familiensituation, die eine solche Veränderung nicht einfach macht.» Es scheint, dass es hier auch um komplexe soziale und kulturelle Aspekte geht, die für Aussenstehende nicht unmittelbar nachvollziehbar sind. In einer anderen Familie wurde in der Wohnung und im Treppenhaus Geländer montiert, an dem sich der siebenjährige gehbehinderte Fadi festhalten kann, damit er auch nach draussen gehen kann.

Wir besichtigten zudem einige ambulante Dienste des NSR, wo Physiotherapie, Ergotherapie und Beratung durch qualifiziertes Personal angeboten werden. Mit knappen Mitteln wird Erstaunliches geleistet.

Ohne Hoffnung kein Leben

Auf dem Rückflug nach Zürich denke ich an die jungen Menschen, die ich getroffen habe, und an deren Träume, die wohl an der politischen Realität und an der konservativen Gesellschaft scheitern werden. Dabei erinnere ich mich an die Aussage eines jungen Menschen: «Ohne Hoffnung wird unser Leben unmöglich. Hoffnung ist das Einzige, was uns am Leben hält».

* Ueli Schwarzmann war von 1995 – 2011 Direktor der Alterszentren der Stadt Zürich. Nach seiner Pensionierung leistete er einen Einsatz als Menschenrechtsbeobachter des Weltkirchenrates im Westjordanland. Kürzlich war er in Gaza. Im Artikel gibt er seine persönliche Ansicht wieder.

Auf vermeintlich heisser Spur

Ein Informatiker aus dem Thurgau wird zu einem zentralen Akteur im Mythos rund um die angeblich gestohlene Wahl des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Wie konnte er in einem derartigen Sumpf landen?

Simon Muster

Wenige Stunden nachdem die Republikaner:innen im vergangenen November eine hauchdünne Mehrheit im US-Repräsentantenhaus zurückerobert hatten, trat der Fraktionsvorsitzende Kevin McCarthy vor die Medien und machte klar, dass sie ihre Macht, Untersuchungen einzuleiten, schonungslos ausnutzen würden. Besonders in Bezug auf eine Person: Hunter Biden, den zweitältesten Sohn des demokratischen Präsidenten Joe Biden.

Einen Tag später, in einem kleinen Dorf im Thurgau. Hier lebt der Mann, der mitgeholfen hat, die Verschwörungserzählung zu spinnen, auf der die Republikaner:innen bauen. Der Informatiker war mutmasslich daran beteiligt, dass persönliche und sensible Daten von Hunter Biden im Netz zirkulierten. Zusammen mit seinem US-Geschäftspartner empfing er rechte Journalist:innen aus aller Welt und fütterte sie mit persönlichen Daten des Präsidentensohns. Doch als die WOZ* an diesem kühlen Novembertag vor seinem Haus steht, pocht er auf seine Privatsphäre – die Tür bleibt verschlossen. Sein letzter Satz: «Passen Sie auf: Sie wissen gar nicht, auf was sie sich da einlassen.»

Auch in den Schweizer Medien war Hunter Bidens Laptop ein Thema, wenn auch längst nicht so penetrant wie in den amerikanischen. In den USA sind die Daten, die sich auf der Festplatte befinden, aber auch die Verschwörungsmymen, die sich darum ranken, längst in den medialen und politischen Mainstream gesickert: In einer Anfang April durchgeführten Umfrage des Nachrichtenmagazins «Newsweek» gaben 42 Prozent der befragten Wähler:innen an, sie seien überzeugt, Hunter Biden habe ein Verbrechen begangen. Donald Trump, der selbst Anfang Mai für einen sexuellen Über-

griff verurteilt wurde, weiss das für seine Präsidentschaftsambitionen zu nutzen: Er veröffentlichte auf Instagram eine Videobotschaft, bestehend aus einer einzigen Frage: «Where is Hunter?»

Hunter Biden ist längst zu einer Hypothek geworden für seinen Vater, der sich 2024 für eine zweite Amtszeit zur Wahl stellen will. Was kaum jemand weiss: Der Mann, der mutmasslich Hunter Bidens Daten im Internet teilte und Verschwörungstheorien pushte, tat das von der Schweiz aus. Wie landete er, der

Der Mann, der mutmasslich Hunter Bidens Daten im Internet teilte und Verschwörungstheorien pushte, tat das von der Schweiz aus.

in Zürich einst eine Firma für Computerreparaturen gründete, mit einer Idee für eine App den Förderpreis einer grossen Schweizer Brauerei gewann und sonst ein eher unauffälliges Leben führt, im US-amerikanischen Verschwörungssumpf?

Drei kaputte Laptops

12. April 2019 in Wilmington, Delaware. An diesem Freitagabend übergibt Hunter Biden einem Angestellten in einem Computergeschäft drei kaputte Laptops: einen mit Totalschaden, einen mit Wasserschäden und einen mit einer zerstörten Tastatur.

Noch am selben Abend gelingt es dem Angestellten, die Daten von

einem dieser Laptops auf eine externe Festplatte zu übertragen. Wie der Mann später dem «New York Magazine» erzählen wird, holt Hunter Biden die Geräte in den folgenden drei Monaten nicht ab. Und weil der Angestellte ein Trump-Anhänger ist und der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2020 gerade Fahrt aufnimmt, beginnt er, die von Hunter Bidens Laptop geretteten Daten zu teilen. Geschäftliche und persönliche Daten.

Über Rudi Giuliani, Trumps ehemaligen Anwalt, gelangen die 220 Gigabyte Daten, die der Angestellte wiederherstellen konnte, im September 2020 zu Steve Bannon. Trumps ehemaliger Chefstrategie wittert darin eine Waffe, mit der sich die kurz bevorstehenden Präsidentschaftswahlen entscheidend beeinflussen lassen, und teilt die Daten mit rechten Journalist:innen, die im Oktober 2020 erste Artikel veröffentlichen. Der Vorwurf: Hunter Biden habe in der Zeit, als sein Vater Vizepräsident war, seinen Nachnamen dafür genutzt, um sich mit Milliardenbeträgen von Unternehmen aus der Ukraine und aus China zu bereichern.

Doch die Geschichte kommt nicht zum Fliegen. Twitter und Facebook schränken deren Verbreitung ein, die grossen Medienhäuser greifen sie nicht auf: Zu gross ist die Vorsicht, nachdem vier Jahre zuvor russische Desinformationsattacken und Fake-News-Kampagnen den Wahlkampf mitgeprägt hatten.

Am 7. November 2020 gewinnt Joe Biden die Präsidentschaftswahl. Auch der Informatiker aus der Schweiz verfolgte die Wahlnacht am 3. November vor seinem Bildschirm. Dabei will er Unregelmässigkeiten im umkämpften Bundesstaat Pennsylvania ausgemacht haben. Noch am selben Abend beginnt er den Versuch, online Beweise dafür zu sammeln.

So zumindest erzählt er es am 21. November 2020 im Podcast «The War Room», den Steve Bannon nach seiner Zeit im Weissen Haus und dem gescheiterten Versuch, in einem italienischen Kloster eine «Gladiatorenschule für Kulturkämpfer» zu gründen, aus einem Hotelzimmer

in Florida betreibt. Der Informatiker aus der Schweiz ist ein gern gehörter Gast. Endlich einer, so hofft Bannon, der Beweise dafür liefern könnte, dass Trump tatsächlich der Wahlsieg gestohlen wurde. So etwa behauptet der Informatiker gegenüber Bannon und dessen Komoderator Jack Maxey, dass in Pennsylvania mehrere Hundert Personen, die an den Wahlen teilgenommen hätten, eigentlich tot seien – ein Puzzleteil in der grossen Verschwörungserzählung, die viele Republikaner:innen bis heute verbreiten.

In den folgenden Monaten tritt der Informatiker zwei weitere Male bei «War Room» auf. Er gibt sich den Anstrich des kühlen Analytikers, während er wild irgendwelche Datensätze verknüpft und behauptet, dass er seine «Erkenntnisse» auch mit der Republikanischen Partei in Pennsylvania teile. Gebracht hat es wenig: Die Partei scheiterte vor Gericht immer wieder mit dem Versuch, die Wahl Joe Bidens anzufechten.

Derweil kommt Maxey in den Sendungen wiederholt auf den Laptop von Hunter Biden zu sprechen, doch Bannon hat, nachdem die Verschwörungserzählung das Wahlergebnis nicht beeinflusst hat, damit abgeschlossen. Hinter den Kulissen zerbricht die Beziehung. Maxey verlässt das Podcast-Team im Streit, tourt als selbsternannter «Hunter's laptop king» von einer obskuren TV-Sendung zur nächsten und teilt die Daten, von denen schon zahlreiche Kopien existieren, mit republikanischen Abgeordneten und Boulevardjournalist:innen.

Indizien lassen vermuten, dass zu dieser Zeit auch der Informatiker aus dem Thurgau eine Kopie der Daten erhält und damit beginnt, Videos, Textnachrichten und pornografisches Material von Hunter Bidens Laptop auf dem für Verschwörungsmymen bekannten Messageboard 4Chan zu verbreiten – einen Teil davon über den Schweizer Cloud-Anbieter Swisstransfer. In einem Post vom 17. März 2021 schreibt dort eine anonyme Person, sie könne nicht alle Daten posten, weil sich darunter auch kinderpornografisches Material befinde. So-

gleich beginnen anonyme User:innen in den Kommentarspalten eine weitere Verschwörungstheorie zu spinnen: Hunter Biden soll sich an Minderjährigen vergangen haben.

Neben all diesen Posts steht eine kleine Schweizerflagge, was dem User den Spitznamen «Swissanon» einbringt. Um misstrauischen User:innen zu beweisen, dass er tatsächlich in der Schweiz lebt, postet er die Quittung eines Nachtessens. Der darauf angegebene Imbissstand befindet sich ganz in der Nähe jenes Zürcher Hotels, in dem der Informatiker gemäss Teledata zu dieser Zeit wohnt.

Wer ist «Swissanon»?

Nach dem erfolglosen Besuch im Thurgau im November 2022 schreibt die WOZ den Informatiker im März 2023 per E-Mail an. Konfrontiert mit der Recherche ist er plötzlich auskunftsfreudig. Erstmals nimmt er gegenüber einer Zeitung ausführlich Stellung zu seiner Rolle in der Geschichte um Hunter Bidens Laptop. Zum Auftritt in Bannons Podcast sei er gedrängt worden, sagt er am Telefon – von wem, will er nicht verraten. Er sei kein Trumpist, für ihn gebe es kein links oder rechts. «Es gibt nur Eliten, die Geld haben, und Menschen, die kein Geld haben.» Die anonymen Posts auf 4Chan stammten nicht von ihm, er habe Hunter Bidens persönliche Daten nicht hochgeladen. Und die Quittung des Take-Aways in seiner damaligen Nachbarschaft? «Ich kann mich nicht erinnern, ob sie von mir stammt.»

Die Daten, die «Swissanon» im März 2021 ins Internet lud, hatten zwar in den Foren grosse Aufregung ausgelöst – Maxeys Versuche jedoch, in der realen Welt Politikerinnen und Journalisten vom grossen Skandal, der sich auf Hunter Bidens Laptop verstecken soll, zu überzeugen, blieben mehr oder weniger erfolglos. Die Geschichte um den Laptop schien sich totgelaufen zu haben. Dann aber, am 16. März 2022, überschlugen sich die Ereignisse: Die «New York Times» verifiziert einen Teil der 220 Gigabyte Daten von der geleakten Festplatte und berichtet über dubiose Verbindungen zwischen dem Präsidentensohn und internationalen Geschäftsleuten. Ein Erfolg für Jack Maxey, der die USA noch am selben Tag Richtung Zürich verlässt. Bilder aus jenem Frühling

vor einem Jahr zeigen ihn und den Schweizer Informatiker lachend auf einer Couch, Maxey hält den Informatiker väterlich in den Armen. Ein Selfie zeigt ihn auch vor dem Wegkreuz an der Strasse, die zum Haus des Informatikers im Oberthurgau führt. Ende März gründen die beiden gar eine Firma im Kanton Zug. Der Zweck: Datenanalyse.

Darauf angesprochen sagt der Informatiker im Telefongespräch mit der WOZ, die Firma habe in keinem Zusammenhang mit den Daten von Hunter Biden gestanden. Maxey hat auf mehrere Anfragen nicht reagiert. Doch statt sich auf die neu gegründete Firma zu konzentrieren, behauptet Maxey Anfang April in einem Interview mit der britischen «Daily Mail», dass er und der Informatiker zusätzlich zu den 220 Gigabyte weitere 230 Gigabyte an gelöschten Daten von Hunter Biden wiederhergestellt hätten. Die Nachricht lockt rechte Journalist:innen aus aller Welt in die Schweiz:

Die Geschichte um den Laptop schien sich totgelaufen zu haben. Dann aber, am 16. März 2022, überschlugen sich die Ereignisse

Tucker Carlson, das inzwischen gefeuerte Aushängeschild des US-Senders Fox News, fliegt im Frühling 2022 sogleich nach Zürich, um das vermeintlich neue Material zu begutachten. Einen deutlich kürzeren



Joe, Jill und Hunter Biden an einer Parade. (Bild: Flickr/ Ben Stanfield)

Anreiseweg hat Urs Gehrig von der «Weltwoche»: In einer siebenteiligen Serie von Videointerviews rollt er Maxey im April 2022 den roten Teppich aus. Vor laufender Kamera gehen die beiden Hunter Bidens Daten durch. Kritische Fragen oder Einordnungen? Fehlanzeige. Auch auf die Fragen der WOZ antworten Gehrig und Chefredaktor Roger Köppel nicht.

Und Maxey? Der freut sich über die Berichterstattung aus der Schweiz und teilt sie auf rechts-extremen sozialen Medien. Gehrigs Beiträge kommen ihm gelegen, denn der Angestellte im Computergeschäft in Delaware, der 2019 die drei Laptops entgegengenommen hatte, streut inzwischen in US-Medien Zweifel am vermeintlich brisanten Fund von Maxey und dem Informatiker: «Der ursprüngliche Laptop hatte nur ein 250-Gigabyte-Laufwerk, und ich konnte 220 Giga-

byte wiederherstellen. Die Rechnung geht nicht auf.» Die Vermutung des Angestellten: Maxey habe das Land womöglich verlassen, nachdem er auf die Online-Cloud von Hunter zugriffen habe – mit Passwörtern, die in dessen Laptop gespeichert waren. Der Informatiker dagegen sagt gegenüber der WOZ, er habe lediglich gelöschte Daten von einer Kopie der originalen Festplatte, die ab 2019 in der rechten Szene zirkulierten, wiederhergestellt. Auf die Frage, warum die «New York Times» nicht auch auf diese Daten gestossen sei, antwortet er: «Keine Ahnung, ich habe die Festplatte der «New York Times» nie gesehen.»

Während im rechten Medien-ökosystem im April 2022 erste Zweifel laut werden, zerbricht die Freundschaft zwischen Maxey und dem Informatiker. Maxey behauptet gegenüber dem «New York Magazine», der Informatiker habe zuerst

versucht, die Daten der russischen Botschaft in Bern zu übergeben – im Zug nach Bern habe er ihn gerade noch abfangen können. Der Informatiker wiederum erzählt, er habe den Chefredaktor von Wikileaks, Kristinn Hrafnsson, vor dem Zürcher Opernhaus getroffen und mit ihm eine Übergabe der Daten verhandelt. Anschliessend sei es zu einem Treffen mit Maxey, Hrafnsson und Tucker Carlson im Park Hyatt gekommen, das er aber vorzeitig verlassen habe.

Ob Wikileaks je in den Besitz der Daten gekommen ist, bleibt unklar. Hrafnsson sagt auf Anfrage, er nehme weder zu einzelnen Projekten Stellung noch zur Frage, ob diese überhaupt existierten. «Wikileaks

Bis heute hat Wikileaks, das lange nicht davor zurückschreckte, politisch explosive E-Mails publik zu machen, keine Daten von Hunter Biden veröffentlicht.

spricht durch seine Publikationen.» Bis heute hat Wikileaks, das lange nicht davor zurückschreckte, politisch explosive E-Mails zu publik zu machen, keine Daten von Hunter Biden veröffentlicht.

Bei Kimdotcom in Neuseeland

Am 15. April 2022 schaltet sich eine weitere Person in die Geschichte ein: der mehrfach verurteilte deutsche Internetunternehmer Kim Dotcom, der mittlerweile in Neuseeland lebt. In einem Tweet behauptet er, dass sämtlich Daten von Bidens Laptop an Wikileaks übergeben worden seien: Der Zweck dieses Tweets sei es, «das Schweizer Datenforensik-Team, das an den Daten gearbeitet hat, zu entlasten».

Was Dotcom nicht erzählt: dass er dem Informatiker, wie dieser gegenüber der WOZ angibt, 150 000 Dollar für die Daten habe zahlen wollen. Der Thurgauer sagt

am Telefon, er sei dafür nach Neuseeland gereist und habe sogar eine Zeit lang bei Dotcom gewohnt. Doch der Deal sei letztlich nicht zustande gekommen. Er habe plötzlich das Gefühl gehabt, dass Dotcom ihn mit seinem Handy filme: «Er wollte mich unter den Bus werfen, um seine drohende Auslieferung in die USA zu verhindern.» Kim Dotcom liess sämtliche Fragen der WOZ dazu unbeantwortet.

Im Juli 2022 tritt der Informatiker die Flucht nach vorne an und spricht direkt zu jener Onlinecommunity, die die Verschwörungserzählungen um den Laptop seit der ersten Stunde weiterspinnt. Es ist kein triumphaler Auftritt, der sich den Zuschauer:innen des Livestreams bietet: Der Informatiker sieht abgekämpft aus, seine Sonnenbrille verdeckt tiefe Augenringe, die von langen Nächten in schlecht beleuchteten Räumen erzählen. Im Hintergrund wehen die Blätter einer Palme im Wind – er befinde sich immer noch in Neuseeland, erklärt er seinen Zuschauer:innen. In der Schweiz fühle er sich verfolgt, von Geheimdiensten und einstigen Freunden, die ihm mit dem Tod drohten: «Jetzt bleibt mir nichts anderes übrig, als an die Öffentlichkeit zu treten.»

Zur gleichen Zeit lädt wiederum eine anonyme Person neue angeblich persönliche Daten von Hunter Biden auf 4Chan hoch. Dieses Mal behauptet die anonyme Person, es seien die Backupdaten von Hunter Bidens iPhone und iPad, die von der Festplatte wiederhergestellt wurden. Für Maxey ist klar, wer hinter dem Upload steckt: der Informatiker. Dieser habe die Daten mithilfe von Passwörtern, die im iCloud-Schlüsselbund des Laptops gespeichert waren, entsperrt. «Das ist Diebstahl», sagt Maxey gegenüber dem «New York Magazine» – wobei die Journalist:innen im selben Artikel lapidar feststellen, dass die Daten gar nicht von Hunter Biden stammten, sondern von dessen 16-jährigen Neffen.

Im Telefongespräch mit der WOZ im März 2023 sagt der Informatiker, dass auch diese Daten nicht von einem Hack stammten. Er habe sie von einer Kopie der originalen Festplatte wiederhergestellt. Auch habe er die Daten nicht selbst hochgeladen. Die Person, die den Knopf zum Upload gedrückt hätte, habe das weder von der Schweiz noch



Am 15. April 2022 schaltet sich eine weitere Person in die Geschichte ein: der mehrfach verurteilte deutsche Internetunternehmer Kim Dotcom, der mittlerweile in Neuseeland lebt. (Bild: Wikimedia Commons / Robert O'Neill)

von Neuseeland aus getan. «Ich habe mich abgesichert.»

Was die «Weltwoche» nicht erwähnt

Was bleibt am Ende eigentlich an Hunter Biden hängen, dessen digitales Leben seit mehr als drei Jahren in aller Öffentlichkeit seziert wird? Viele Medienhäuser, Behörden und Privatpersonen haben die Daten durchforstet, verbreitet und kopiert. Ein Analyst, der für die «Washington Post» jene Festplatte analysierte, die Maxey und mutmasslich auch der Informatiker verbreitet hatten, verglich die Datenqualität mit «einem Tatort, an dem die forensischen Ermittler Big-Mac-Verpackungen vorfinden, die Polizeibeamte zuvor achtlos zurückgelassen und so die Beweise verunreinigt haben».

Hunter Biden selbst hat inzwischen Klage eingereicht gegen den Angestellten des Computergeschäfts in Wilmington, der die Festplatte als Erster teilte. Erst vergangene Woche wurde zudem bekannt, dass Hunter Biden sich zu zwei Steuerdelikten aus den Jahren 2017 und 2018 schuldig bekennt. Im Gegenzug lässt die Staatsanwaltschaft eine separate Untersuchung wegen einer Falschaussage bei einem Waffenkauf aus dem Jahr 2018 fallen. Ob auch die Daten von Bidens Laptop in die Untersuchung eingeflossen sind, ist bislang nicht bekannt. Derweil halten die Republikaner:innen ihr Wahlversprechen und haben Anfang

Mai zwei Untersuchungsberichte zu Hunter Biden veröffentlicht. Dafür beschlagnahmten sie Tausende Bankunterlagen, führten Gespräche mit Informanten und untersuchten die Daten auf seinem Laptop.

In der Schweiz berichteten einzig der «Nebenspalter» und die «Weltwoche» über die Ergebnisse. Letztere verwies stolz darauf, dass sie selbst Daten von Hunter Biden veröffentlicht hatte. Ein wichtiges Detail allerdings liess die «Weltwoche» unerwähnt: Auf die Frage einer Journalistin musste der Vorsitzende des republikanischen Ausschusses zugeben, dass seine Kommission keine Beweise für auch nur eine korrupte Handlung finden konnte, die Joe Biden während seiner Amtszeit im Zusammenhang mit den Geschäften von Hunter Biden begangen hatte.

Und der Informatiker? Er wollte nichts mehr mit der Angelegenheit zu tun haben und sich auf andere Projekte konzentrieren, sagt er gegenüber der WOZ. Trotzdem kommt er während des einstündigen Gesprächs immer wieder auf vermeintliche Verbrechen von Hunter Biden zu sprechen, für die er zahlreiche Beweise gefunden habe. «Wenn sie wirklich an der Wahrheit interessiert wären, würden sie sich die Daten anschauen.» Ob er diese für uns organisieren könnte? Auf die rhetorische Frage antwortet er: «Natürlich.» Geschickt hat er nichts.

*Dieser Artikel ist in Kooperation mit der WOZ entstanden.

Gesteigerter Abstraktionsgrad

Das aktuelle Stadtzürcher Kulturleitbild 2024 – 27 der Projektleiter:innen Ulrike Schröder und Damian Hohl ist das mit Abstand vagste seit das Präsidialdepartement 2003 gemeinderätlich dazu verpflichtet worden war, regelmässig solche Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

Thierry Frochaux

Viele der aktuell formulierten Pläne haben einen noch stärker allgemeinen Charakter von grundsätzlichen Absichten, als dies in den Vorgängerschriften schon immer der Fall war. Und weil ein Grossteil der aktuell nicht quantifizierbaren Parameter Räumlichkeiten betrifft, deren Bedarf/Ersatz teils erst noch in Abklärung ist, ein schon lange gesuchtes Objekt immer noch nicht gefunden ist oder deren bald auftretende Dringlichkeit zeitlich geballt eintreffen wird, ist nicht nur die Suche danach ein Fischen im Trüben, sondern insbesondere auch die daraus erwachsenden Kosten. Bestehende Grossbaustellen, etwa die Evaluation eines Globalbudgets Kulturförderung und neu aufgeschlagene, wie die Erarbeitung eines längerfristigen, auf zehn Jahre ausgerichteten Kulturförderkonzepts, sind nicht in Zahlen gefasst. Genau so wenig die erklärte Absicht, zu prüfen, ob die noch nicht einmal begonnen habende Konzeptförderung für Tanz und Theater respektive der gesamte Prozess allfällig auch auf andere Kunstsparten ausgeweitet werden will. Etliche laufende Evaluationen, etwa wie die, falls und wie Kinobetreiber:innen künftig gefördert werden könnten, und ob sich der Pilot der Nachfolge der «Tage für Neue Musik» als langfristig förderwürdig herausstellt, waren per Redaktionsschluss 22.4.23 noch nicht abgeschlossen, bleiben also offen. Nach den C-Jahren, den Kriegsfolgen inklusive Teuerung steht ohnehin grundsätzlich vieles in der Schwebe.

Übergangszeit

Erkannt worden ist (zum wiederholten Mal), dass die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich (ausserhalb der Institutionen) nicht weiter in ihrer prekariatsgefährdenden bisherigen Form Bestand haben dürfen. Erkannt worden ist, dass die gesamtgesellschaftliche Thematik der Nachhaltigkeit auch auf die Kultur implementiert werden will. Erkannt worden ist, dass nicht nur in den Institutionen sondern insbesondere auch im Präsidialdepartement selbst die Kompetenz bezüglich kultureller Teilhabe erweitert werden muss. Erkannt worden ist, dass die Digitalisierung auch die Küns-



Erstmals sollen zwei Werkjahre Literatur für nicht Deutsch schreibende Autor:innen vergeben werden. (Bild: Livio Baumgartner)

te betrifft und diese unter Umständen oder sogar per se transdisziplinärer macht und die Art des Förderverständnisses verändert. Erkannt worden ist, dass die Bemühungen um Vereinfachung der Teilhabe auch von körperlich behinderten Perso-

Die Absichten sind alle komplett einleuchtend, nur sind die daraus erwachsenden Konsequenzen allerhöchstens sehr grob skizziert.

nen dringend einer Intensivierung bedürfen. Und neu gedacht werden soll in der Förderung auch, also vonseiten Gesuchsteller:innen, dass der Bedarf über die reine Produktionsherstellung hinaus beantragt werden soll. Diese und weitere Absichten sind alle für sich komplett einleuchtend und logisch, nur sind die daraus erwachsenden Konsequenzen innerhalb dieses Strategiepapiers allerhöchstens sehr grob skizziert. Respektive werden sich während der Beschäftigung damit erst herausstellen. Insgesamt scheint dieses Kulturleitbild 2024 – 27 hauptsächlich eine Übergangsphase zu beschreiben, deren Parameter sich im Einzelnen erst konkretisieren müssen. Der Budgetbedarf für die Durchführung der beabsichtigten Massnahmen wird im Vergleich zu 2023 bis 2027 mit (jährlich steigend bis auf zuletzt) plus 6,5 Millionen Franken beziffert. Personalseitig wird ein Mehr-

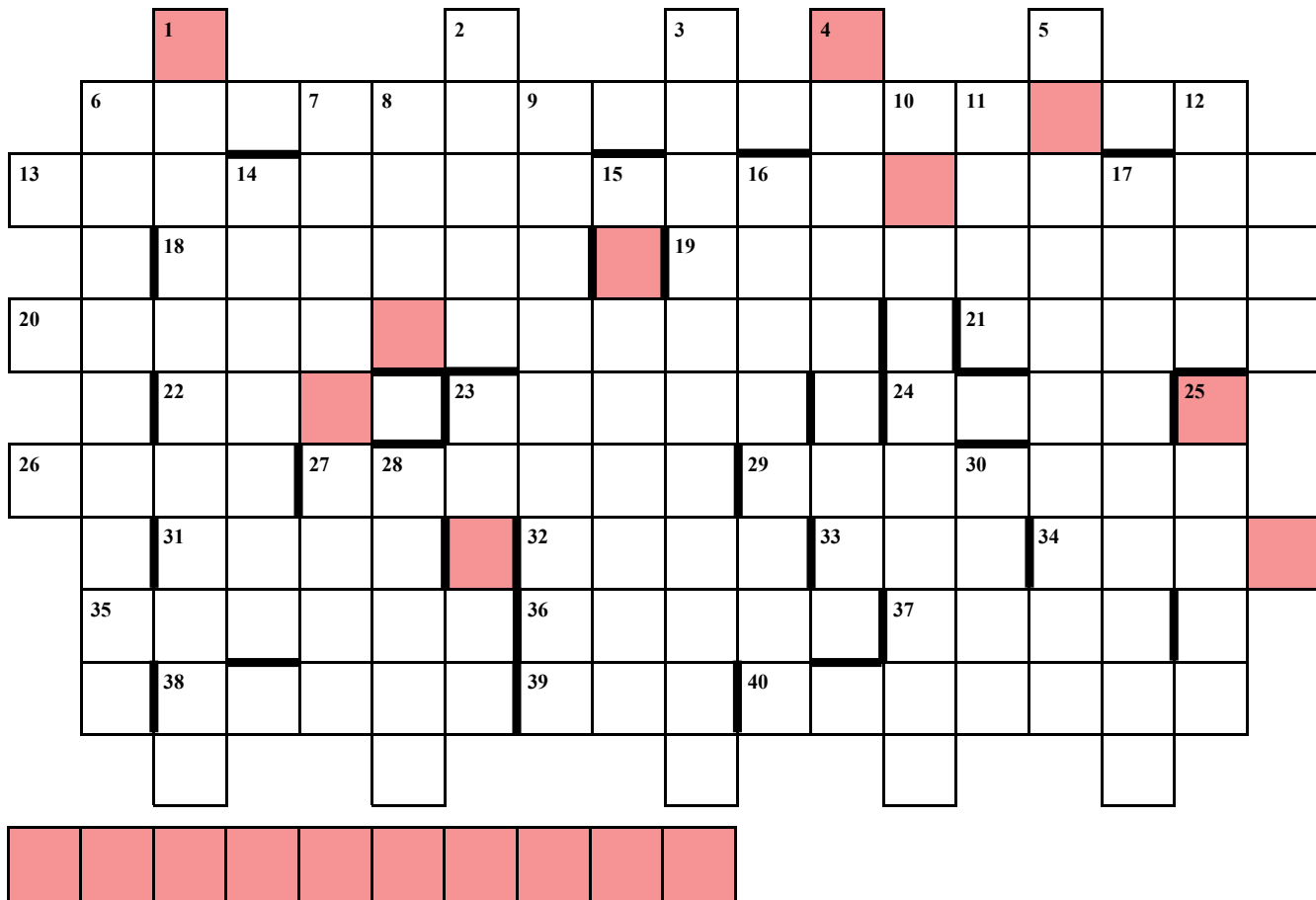
bedarf an 190 Stellenprozenten unbefristet und 50 Prozent befristet auf die entsprechenden Jahre ausgewiesen.

Veränderungen

Eine der frappantesten Veränderung stellt die Einführung von zwei Werkjahren für Literatur von nicht Deutsch schreibenden Autor:innen sowie für Kinder-/Jugendliteratur oder Comics dar. Das Literaturfestival im Alten Botanischen Garten wird neu unterstützt. Im Bereich Theater sticht die Subventionserhöhung für das Theater Spektakel heraus, die ganze andere Umbauübung der Konzeptförderung war in diesen Spalten ausführlich Thema und wird in der Gemeinderatsdebatte wieder erscheinen und in ihren Konsequenzen/Ergebnissen noch zu reden geben. In der Bildenden Kunst werden die Beiträge für Einzelförderungen erhöht, und Off-Spaces erhalten eine Förderung. Zudem wird der Betriebsbeitrag für das Cabaret Voltaire ungefähr verdoppelt. Die Unjurierte Kunstausstellung wird erst wieder durchgeführt werden können, wenn die juristische Einsprache von Art-Dock behandelt sein wird. Im Film sollen Festivals und Vermittlung gestärkt werden (welche und im welchem Umfang ist offen) und der Betrag für das Experimentalfilmfestival VideoEx leicht erhöht werden. Im Bereich Jazz/Pop/Rock soll neu die Strukturförderung Einzug halten, was einer Erhöhung der Mittel bedarf. Und für die Transformationsprozesse von Institutionen bezüglich interner und externer Teilhabe steht ein jährliches Budget zur Unterstützung bereit.

www.stadt-zuerich.ch/kulturleitbild

Wie heisst die Kurzform von «Errare humanum est»?



Lösungswort (markierte Felder von oben links nach unten rechts, generell gilt $I = J = Y$): **Trifft hoffentlich nicht auch schon im Viertelfinal auf das Flugpersonal.**

Waagrecht:

6. Reaktionsvermögen oder worauf man bei Séancen hofft. 13. Poesie, Legende und Symbol Petri sind dem Mechaniker auch ein Westeuropäer. 18. Ist Feingeistigen Feinheit. 19. Rolle, mittels welcher die Karriere der Rosemarie Magdalena Albach so richtig ins Rollen kam. 20. Lieber ein ehrlicher Teufel, denke ich mir, als ein Engel der so. 21. Gehorsam heisse jene, so Michael Marie Jung, der Existenzangst. 22. Die Dame, die eigentlich keine war, hat kürzlich das Zeitliche gesegnet. 23. Scheinbar paradox: Was der Pitbull ist für den Floh. 24. In der Suszeptibilität steckt die Stadt, die einst Rosenberg hiess. 26. Getreide, das hierzulande auch als Gezänk verstanden wird. 27. Kleine Kinder und Betrunkenen sagen immer die Wahrheit, oder sie tun vielleicht dies. 29. Was Wein

die Zunge tut, Spaten das Gartenbeet. 31. Wie der Himmel wohl ist, wenn man sich die Menschheit so anschaut. 32. Der prospektive: einer, der sich über Geiz und Sparsamkeit freut. 33. Sie sei die Kurzform – laut Robert Lembke – von «Errare humanum est». 34. Ziemlich Massiv zwischen Zuger- und Vierwaldstättersee. 35. Im Gegensatz zu 38 waagrecht sollten sie nicht riechen. 36. Theodor, genannt Doctor, dessen Grinch einst Weihnachten gestohlen hat. 37. Im Engadin steht sie, vom Mont Blanc fliesst sie. 38. Im Gegensatz zu 35 waagrecht sollten sie nicht laufen. 39. Wie man Paul oder Ringo auch nennen kann, nicht aber John oder George. 40. Ein Konjunktiv I zwischen dürfest und müsstest.

Senkrecht:

1. Vermutlich Hokuspokus, oder die allenfalls stattfindet auf Erholungskur, etwa in der Karibik. 2. Mehr als ein grosser Hirsch, den Jesus an sich vorbeiziehen lassen wollte. 3. Ist sozusagen vor Pommern gelegen. 4. Was ich nicht bin, Gott sei Dank! 5. Gehört seit dem russischen Überfall auf die Ukraine zum allgemeinen Wortschatz, ... 6. ...derweil in jenem des Sisyphus dies Wort nicht vorkommt. 7. Anderswo ohne I: unbefleckt, ganz wörtlich und nicht 4 senkrecht gemeint. 8. Das findet sich im Bauernhof, der hohe im Salzburger Land. 9. Anderswo ohne II: War Tom als Sam in der Westküsten-Metropole. 10. Nicht passend als Metapher für die Titanic. 11. End ist, was wir daran besonders schätzen. 12. Kein Fall für angloamerikanische Outdoormuffel. 14. Traumdestina-

tion für Paul Gauguin, Robert Louis Stevenson oder auch Kapitän Efraim Langstrumpf. 15. Da tönt «Maison du Savon» doch wesentlich eleganter. 16. Anderswo ohne III: Wie etwa Bruce Willis, John Malkovich oder auch Homer Simpson. 17. Den man in Kino und Konzert nicht gerne vor sich hat. 23. Mit seinem Bahnhofbuffet quasi der Versammlungsort der Schweiz. 25. Die man vor dem AL-Politiker nicht zu haben braucht. 28. Sherlocks französische Entsprechung, falls nicht das Erbschleimpulver schlechthin. 30. Ein Scheusal ist jener des Drecks, der des Teufels eher ein Draufgänger.

Den Talon zur Einsendung des Lösungswortes finden Sie auf Seite 24. Einsendeschluss ist am Dienstag, 11. Juli um Mitternacht.

Pariser Klima, Playblack Radio, Paramusik...

Samstag, 1. Juli

8.30 SWR: «**Eine lange Beziehungsgeschichte.**» Dirk Asendorp mit der ersten Folge der zehnteiligen Wissen-Serie «Das Tier und Wir» vom vergangenen Jahr, die den Reigen der Sommer-Wiederholungen eröffnet. Danach gibts in der Musikstunde von Babette Michel norwegischen Jazz: «Hárr, Knarr, Gitar.»

11.00 DLF: «**Schwitzen, fliehen, handeln.**» Paris im Klimawandel. Bettina Kaps in Gesichter Europas. Die meisten Gebäude im alten Paris wurden nach den strikten Stilvorgaben des Stadtplaners George Eugène Haussmann gebaut. Mit den klassizistischen Mehrfamilienhäusern sowie einer grauen Dachlandschaft aus Zink und Schiefer wirkt die Stadt wie aus einem Guss. Ästhetisch ansprechend, aber mittlerweile problematisch. Denn die alten, aber auch die neueren Häuser sind in der Regel schlecht isoliert und bieten im Sommer nicht ausreichend Schutz vor der Hitze. Der bisherige Rekord beträgt 42,6 Grad. Fachleute prognostizieren Spitzenwerte von bis zu 50 Grad...

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Andreas Rödder, Historiker. Ausdrücklich als Konservativer sowie «erklärter Gegner der Identitätspolitik» präsentiert. Mit seiner «Denkfabrik Republik 21» wolle er eine «neue bürgerliche Politik» einleiten.

20.00 SRF 2: «**Mein liebstes Krokodil.**» Hörspiel von Thomas Hürlimann. Produziert 2004. Er war ein berühmter Schriftsteller. Sie eine begnadete Schauspielerin. Anton Tschechow und Olga Knipper. Sie stand in Moskau auf der Bühne, spielte in seinen Stücken. Er musste sich immer wieder auf die Krim zurückziehen, um Krankheiten zu kurieren. Sie liebten einander, doch ihre Liebe lebten sie hauptsächlich in ihren leidenschaftlichen Briefen aus... Parallel dazu beim DLF als Hörspiel des Monats: «Playblack Radio» von Joana Tischkau und Jan Gehmlich. «We play Black!» – eine heikle Parole. Denn ein Grossteil weiss-deutscher Imagination darüber, wie sich schwarze Menschen verhalten, wie sie aussehen und auch klingen, stammt aus TV-Sendungen und Hollywoodfilmen. In dieser fiktiven Radioshow «irgendwo zwischen Morningtalk, Comedy und Musikshow treffen die stereotypisierten Klangperformances zusammen und übersteuern sich bis zum Zusammenbruch».

21.00 SRF 2: «**Reduce to the max.**» 30 Jahre Collegium Novum Zürich. Gewürdigt von Florian Hauser in Musik unserer Zeit.

22.00 DLF: «**Lebenswege.**» In der Rückblende des Ateliers neuer Musik stehen Wege von Komponist:innen mit jüdischem Background quer durchs 20. Jahrhundert im Zentrum. Und bei SWR 2 in der Jazztime: «We Insist!» Jazz & Civil Rights Movement. Vorgestellt von Niklas Wandt. Protest gegen gesellschaftliche Zustände hat im US-Jazz eine lange Tradition – ob explizit in Worte gebracht oder in bewegten Instrumentalstücken, die ihren Kontext durch die Titelgebung erhalten.

23.00 SWR: «**Trieb. (Punkt) Krieg.**» von Luise Voigt. Sie schuf gemäss Vorschau

«eine von Rhythmus und Klang getriebene Collage» nach Texten von August Stramm. Vogt lote hier als Theaterfrau mit dem Schauspieler Manuel Harder die «Grenzen maskuliner Lebens-, Liebes und Todessehnsucht» aus. Stramm war ein Dichter des Frühexpressionismus. Er fiel 1915 im Ersten Weltkrieg. Gleichzeitig beginnt beim DLF eine von Yesim Ali Oglou gestaltete Lange Nacht über das Gruseln: «Das Böse lauert überall!» Hat was.

Sonntag, 2. Juli

8.30 SRF 2: «**Missionskinder.**» Reprise einer Perspektiven-Sendung von Maya Brändli. Von der Basler Mission wurde Wert darauf gelegt, dass ihre Missionare, wenn sie in Afrika, China oder Indien das Wort Gottes verkündeten, verheiratet waren. Doch deren Kinder wuchsen dann oft von den Eltern getrennt auf, und die Kulturwissenschaftlerin Dagmar Konrad erforschte, wie es diesen «elternlosen Kindern» in Basel erging.

9.30 DLF: «**Die Dinge des Lebens.**» von Paulo Collen. Memoiren eines brasilianischen Strassenkinds. Folge eins einer 1994 produzierten Lesung. Als minderjähriges Heimkind flieht Paulo Collen aus dem Waisenhaus, um frei zu sein. «Ich könnte Kind sein, ich könnte eine Kindheit haben, ich könnte Präsident sein, Journalist oder Revolutionär, vielleicht sogar Romancier. Aber ich bin der, der die Hand ausstreckt, um um Brot zu betteln.»

11.00 SRF 2: «**Kulturextra.**» Buch-Gespräch zur schweizerischen Juli-Bestenliste.

12.00 SWR: «**Minderheit trifft auf Mehrheit.**» Rosa Omeñaca Prado über das in Mannheim geschaffene Lernzentrum zur Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Harald Schmidt, Entertainer.

15.00 SRF 2: «**Nichts geschieht zweimal.**» Passage zum 100. Geburtstag von Wislawa Szymborska. Elke Heidenreich und die Übersetzerin Renate Schmidgall stellen ihre liebsten Gedichte der polnischen Lyrikerin vor.

16.30 DLF: «**Das Wasser wird knapp.**» Tom Schimmeck sichtet Rettungsversuche.

17.00 SWR: «**Bestenliste.**» 30 Kritiker:innen. 10 Bücher. 1 Liste – hier die deutsche!

18.20 SWR: «**Casablanca.**» 1942 und 1975 produziert. Basis dafür waren eine Bühnenversion sowie das Drehbuch.

20.00 DLF: «**Leben. Spielen. Bildermachen.**» Feature von Regina Burbach. Mit diesem Beitrag zum Thema des künstlerischen Beginns startet eine breit angelegte Reprisen-Serie des DLF, in der es vorab um Anfänge aller Art geht.

23.00 SWR: «**Machen wir uns etwas vor mit der Musik?**» Fake und auditive Täuschung. Radioessay von Herbert Köhler. Von einer objektiven Realität zu sprechen, wird zunehmend schwerer. Was

aber, wenn es um Musik geht? Die musikalische Wirklichkeit bezieht sich im Grunde auf die Wahrnehmung resonierender Luft. Ist nicht das schon Täuschung? Siehe auch Tipps vom Dienstag!

Montag, 3. Juli

8.30 SWR: «**Warum wir nicht nicht kommunizieren können.**» Martina Senghas zu Paul Watzlawick.

14.00 SRF 1: «**Fährhausgespräche.**» Jean-Claude Kuner begegnet Thomas Hürlimann am See. Die dritte Folge drehe sich um Glück und Unglück der Liebe.

15.00 SWR: «**Unser Haus gehörte einem Nazi.**» Caroline Nokol über eine WG, die sich auf Spurensuche begab. Sie bemerkt im Corona-Lockdown im Keller einen Luftschutzbunker. Von der Nachbarin erfahren die Studierenden, dass das Haus, in dem sie wohnen, einem Mann gehörte, der in den Nürnberger Prozessen angeklagt worden sei. Vorher war es Eigentum eines jüdischen Paares...

21.00 DLF: «**Abschied von der neuen Musik.**» Michael von Biel als Komponist. Präsentiert von Hanno Ehrler.

Dienstag, 4. Juli

8.30 SWR: «**West Virginia und die Zukunft der Kohle in den USA.**» Julia Kastein berichtet. Erstmals wurde 2022 in den USA mehr Strom durch erneuerbare Energien als aus Kohle gewonnen. Doch in West Virginia kommt die Kohleverbrennung noch auf 90 Prozent, und es arbeiten dort landesweit mit Abstand die meisten Menschen in dieser Branche. Wie geht es dort weiter?

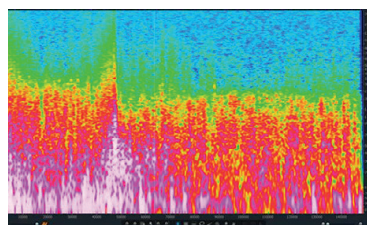
15.00 SWR: «**Bürgermeister?**» Merle Hilb über Kommunalpolitik in Zeiten von Shitstorms.

19.15 DLF: «**Weinen hilft dir jetzt auch nicht!**» Gewalt in der Geburtshilfe. Feature von Marie von Kuck.

20.00 DLF: «**De Rerum Natura / Dance of the Elements.**» Ein Hörstück von Merzouga. Basis sind naturphilosophische Thesen von Lukrez.

21.00 SWR: «**Hören der dritten Art.**» Nico Sauer über Paramusik. Was verbirgt sich hinter Musik, wenn keine Menschen? Tiere, künstliche Intelligenzen, Geister? Siehe auch Tipp vom Sonntagabend!

22.00 DLF: «**Mit klingenden Daten gegen den Klimawandel.**» Ida Hermes beleuchtet



in der Musikszene die Sonifikation. Was ist das und welche Chancen liegen darin?

Und zählt das zur Kunst? Angekündigt als Überblick über die künstlerische und musikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Klimakrise.

Mittwoch, 5. Juli

8.30 SWR: «**Was Care-Arbeit mit Kapitalismus zu tun hat.**» Julia Haungs über Hausfrauen. Die wenigsten sind in Deutschland heute «nur» das. Trotzdem wenden Frauen mehr als doppelt so viel Zeit für Care-Arbeit auf wie Männer. So war das nicht immer...

10.00 DLF: «**Klima, Zuwanderung, Wohlstandssorgen.**» Wieviel Verunsicherung herrscht in unserem Land?

15.00 SWR: «**Drei Generationen Verbundenheit.**» Christine Werner über eine deutsch-französische Freundschaft.

20.00 SRF 1: «**Standup philosophy.**» mit Yves Bossart und Rayk Sprecher. Und bei SRF 2: «John Cage und die Schweiz.» Präsentiert als Archivperle in Musik unserer Zeit. Florian Hauser fragte nach, wie der sanfte Revolutionär bei uns ankam.

21.00 DLF: «**Querköpfe.**» Regina Kusch übers Lockdown-Projekt Reimpatrouille.

Donnerstag, 6. Juli

8.30 SWR: «**Tierrechte und Artenschutz im Konflikt.**» Marc Bädorf zur Zukunft der Zoos.

15.00 SWR: «**Vom Leben in einer Höhle.**» Willi aus dem Schweizer Jura. Ulrich Land hat ihn besucht.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Danach die erste Folge der Reprise von «Exit Exil». Fünf Frauenleben in L.A. 2022 produziert mit Villa Aurora und Thomas Mann House e.V.

Freitag, 7. Juli

8.30 SWR: «**Wohlstand mit Umweltschaden.**» Aureliana Sorrento über Marmor aus Carrara.

10.00 DLF: «**Weit mehr als Putin.**» Persönliche Geschichten vom anderen Russland.

15.00 SWR: «**Wissenschaftsfreiheit.**» Droht uns Cancel Culture in Wissenschaft und Forschung? Feature von Andreas Horchler.

20.00 DLF: «**Start-up.**» Phasen einer Unternehmensgründung. Feature von Jean-Claude Kuner. Parallel bei SRF 1 als Reprise: «Wildermann» von Praxedis Kaspar. 1979 stürzt in Appenzell Innerrhoden der «Bölere Bueb» Johann Fuchs zu Tode. Postum liess danach eine Dorfgemeinschaft die Erinnerung an eine exzentrische Persönlichkeit aufleben.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

Viele Facetten von Liebe

Zwei während langer Jahre als unnötig empfundene Begleiterscheinungen der Diplomfilme der ZHdK sind dieses Jahr plötzlich nicht mehr da: Die bemühte Überambition und die nicht zu Ende gedachte Dramaturgie. Das macht den aktuellen Jahrgang zu einer Reihe erfrischender Begegnungen.

Thierry Frochoux

Die Liebe als Verheissung ist offenbar allein den Groschenromanen vorbehalten. Das familiäre und das intime Zusammenleben indes sind trotz allem vielfältiger Quell von Dringlichkeiten, die gerade wegen ihrer individuell nicht als stromlinienförmigen, reibungslosen Wahrnehmung nach einer Verarbeitung verlangen. Basil Burgers «Hr. Karlsen» beginnt mit dem Befreiungsschlag von Tochter Lara (Anna Krajci), die sich nicht anders zu helfen weiss, als eine räumliche Trennung von ihrem Vater (Yves Raeber) herbeizuführen. Sie muss Fakten schaffen, weil Hr. Karlsen seit dem Hinschied seiner Gattin vor vier Jahren in einer Trauerschleife feststeckt, aus der ihn die Tochter weder mit Locken noch mit Drohen hinauszuholen vermag. Also zieht sie in eine eigene Wohnung. Ein Kinderbuch, das die Verklärung alles Rückwärtigen als Idylle für den Vater ermöglicht, weil es ihn an Lara als Kleinkind wie an seine Gattin als während des Vorlesens stets wegdämmernde, fürsorglich liebende Mutter erinnert, liegt in einer der Kiste des zu Entsorgenden. Ein Minidisput exakt über den künftigen Verbleib dieser paar Seiten erklärt zeitgleich Vorgeschichte, Problemla-

Ähnlich wie das Kinderbuch ist diese Golduhr blasse Steigbügelhalterin, um daran ein grösseres Universum an Zusammenhängen und Hintergründen erzählerisch aufzufächern.

ge und zeigt final in die Richtung einer einhelligen Lösung.

M. Reza Jafari verlegt die liebevolle Hinwendung in «Nowrooz» auf einen Akt von Stellvertretung. Der Filmemacher selbst bricht als Ahmad in einem nicht genauer definierten Ort, vermutlich irgendwo im Kaukasus, ins Haus von Maryam (Zarina Tadjibaeva) ein, weil er und sein Kollege darin etwas mehr als bloss das dringendst Notwendige vermuten. Wider Erwarten ist Maryam zu Hause und spielt die Karte der Gastfreundschaft. Ahmad muss im Alter ihres eigenen Sohnes sein, von dem der Eindringling eine Todesanzeige findet, was seine ursprünglich kalt-



Szene aus «And the Wind Weeps» von Aulona Selmani.

blütige Raubabsicht noch stärker durchkreuzt, als es Maryam mit ihrer herzlichen Fürsorge bereits tut. Eine Golduhr als Symbolik für Wertigkeit im allein monetären Verständnis erhält im Film eine vordergründig zentrale Rolle, wohingegen der tatsächliche Wert von humaner Zuwendung in der Zwischenmenschlichkeit an deren statt sich subtil als die tragfähigere ergo viel zentralere Überlebenswährung in den Vordergrund drängt. Ähnlich wie das Kinderbuch ist diese Golduhr blasse Steigbügelhalterin, um daran ein grösseres Universum an Zusammenhängen und Hintergründen erzählerisch aufzufächern.

Liebe lange Leitung

Mittendrin im Rausch der Endorphine alias Verliebtsein ist die Selbstwahrnehmung bis teilweise nahe einer Selbstverleugnung getrübt. Frida (Edith Kaupp Rivadeneira) befindet sich in Vanessa Blättlers «Sin Razón» gerade auf der Kippe zum Sprung zurück in den Realitätssinn. Die sie umgebende Kühle einer medizinischen Einrichtung spräche für sich allein schon Bände, aber das Eingeständnis, sich auf dem totalen Holzweg bezüglich der Verbindung zu Nino (Benjamin Spinnler) befunden zu haben, ist augenscheinlich noch nicht reif, sich als Dominante durchzusetzen. Sein Billigblumenstraus erfüllt den Tatbestand des Heuchlerbesens, ist aber im Gegensatz zum eigenen Schuldbewusstsein Ninos nachgerade ein Symbol für eine nachhaltig grosse Veränderung.

Denn auf das Gesäusel der halbherzigen Entschuldigung folgt ein neuer Ausraster Ninos, der nur der Umgebung geschuldet, innerhalb der verbalen Entgleisung verbleibt. Bei Frida aber fällt jetzt der Zwanziger. Endlich. Nach ihrer Entlassung sucht sie Anreize zur Harmonie im Hedonismus der Klubkultur und findet diese für sich selbst völlig unerwartet in der aufrichtigen Zuneigung einer fremden Frau. Jetzt scheint ihr die eigene Vergangenheit wie Schuppen von den Augen zu fallen und der Weg offen zu stehen, diese zu verarbeiten, als auch für eine künftige offen zu sein.

Sichtlich noch weiter weg von einer Realität befindet sich O. (Julia Mach) in «A Monster Called Love» von Sophia Lara Nimue Schweizer. Ob es in dieser körnigen, nach Super-8-Film empfundenen Ästhetik überhaupt je einen Wachzustand gibt, oder ob letztlich alles bloss Traumsequenzen sind, ist nicht leicht festzustellen. Jedenfalls verfällt O. nach einem Albtraum in eine traumwandlerische Welt der gegenüberliegenden Gefühlslage nahe einer ekstatischen Erfüllung von (tendenziell stereotypen) Sehnsüchten. Ein langhaariger Beau, Typ Töfflibueb mit Lederjacke, erscheint ihr als Messias vor dem inneren Auge, und alles erscheint gut. Doch ganz so simpel will sich diese Märchenwelt nicht ins Hier und Jetzt hinübertricksen lassen, wie ein von O. mühselig herausgewürgter Schmetterling symbolhaft zu erkennen gibt. Eine Gewährwerdung im Sinne einer Traumdeutung.

Rettungsansätze

Inwieweit Geschwisterliebe eine elterliche Verwahrlosung bis hin zur Gewaltanwendung aufzuwiegen überhaupt in der Lage sein könnte, stellt Angela Kuhn in «Auge zue» zur Disposition. Die kleine Floh (Moana Aicher) kann vor lauter Streitlärm aus dem Nebenzimmer der ärmlichen Behausung kaum ein Auge zutun. Ihr grosser Bruder Lukas (Roman Kiwic) ist nur für ein Wochenende aus dem Militär zu Hause, also regelrecht gezwungen, später wieder einzurücken. Die Zeit ist sehr begrenzt, was der Monstrosität der Problemlage entschieden zuwiderläuft. Nach einer regelrechten Flucht ins dreckige Nass der Umgebungsnatur findet Lukas seine kleine Schwester eingeschüchtert, vor Kälte und Nässe zitternd und richtet sie brüderlich zärtlich unter der warmen Dusche wieder her. Das Mal einer Misshandlung veranlasst ihn, ihr vorzuschlagen, gemeinsam alle Bedenken von potenziellen juristischen Folgen für beide in den Wind zu schlagen und auf der Stelle für immer gemeinsam zu verschwinden. Woher indes vor einer solchen Ausgangslage überhaupt der Mut zur Überwindung alles Bisherigen (Eingeübten) dafür herkommen sollte, bleibt als unlösbares Rätsel bis zuletzt als Frage bestehen. Also wirds nix mit Ausbüxen.

Auch der Ausgang von Tobias Wanners «Klemens – Aus Liebe zu den Dingen» bleibt offen. Der Film ist ein Portrait von Klemens Niklaus Trenkle, der offenbar seit Jahrzehnten technisches Gerät vor der Entsorgung bewahrt. Und dies in einer Grössenordnung, die Lagerhallen füllt. Analoge Synthesizer, Röhrenverstärker, Kassettendecks und viele andere Dinge behandelt er mit der Vorsicht eines Archivars und Restaurators, wie es im Zusammenhang mit Kunst nicht ausgeprägter sein könnte. Die Frage aus dem Off, was ihn von einem sogenannten Messie unterscheiden würde, wird von ihm als überhaupt nicht zielführend in den Wind geschlagen, schliesslich ist seine aktuell grösste Sorge, dass er die riesigen Lagerhallen räumen muss und er händeringend nach einer neuen Unterbringung für seine Schätze sucht, bislang ohne Erfolg. Wovon er das bezahlen soll und wovon er überhaupt lebt, bleibt bis zuletzt ein Rätsel. Aber die doch eher

ausgeprägte Schrulligkeit der Hauptfigur wird von Tobias Wanner nie vorgeführt, sondern als liebenswert auf Augenhöhe vorgestellt.

Gewahrwerdung

Der vielleicht einprägsamste Film bezüglich Inhalt und Form ist «And the Wind Weeps» von Aulona Selmani, allerdings ist er auch der einzige gezeigte Abschlussfilm eines Masterstudiengangs. Mittlerweile dreissig Jahre nach den Jugoslawienkriegen sitzt Daut (Bislim Mučaj) in einer abgedunkelten, einfachen Wohnung, und sein einziges noch zu erfüllendes Ziel in diesem Leben ist – notebene seit zwanzig Jahren – die authentisch-aufrichtige Niederschrift einer Zeugenaussage für den Europäischen Menschengenrichtshof in Den Haag, der eigenen Erlebnisse und der Geschehnisse um den gewaltsamen Tod des eigenen Sohnes. Die Zweifel werden mit jedem Jahr der Distanz zur Erinnerung grösser, und plötzlich erwachsen in ihm sogar noch weitere, weil in seinem Drang zur Perfektion plötzlich auch bislang überhaupt nicht berücksichtigte Leerstellen offenbar werden. Wie die, dass er seine Frau zu deren Lebzeiten gar nie gefragt hatte, was mit den Frauen nach deren Verschleppung in die Wälder geschehen war. Der Film ist in sich dicht verwoben, wählt einen universellen Erzählansatz und trifft als formale Übersetzung einer Unbedingtheit emotional nachfühlbar ins Schwarze.

«Heimisch» von Zoë Bayer rekonstruiert den gewaltsamen Überfall einer gewaltbereiten Dorfjugend auf ein Jugend- und Sport-Zeltlager, bescheidet sich aber auf die situative Nacherzählung der drei alleine anwesenden Leiterinnen. Der Drogenbeschaffungskrimi «Zu dä Sunnä» von Ivan Avramovic ist optisch opulent und hinsichtlich den negativen wie den unerwartet positiven Begegnungen der Hauptfigur Nia (Wanda Winzenried) überraschend. Nicht zuletzt ist die Kindheitserinnerung «Haiwäg» von Konstantin Shishkin über ein damals nicht nachvollziehbares Verhalten des Grossvaters auch ein spätes Heureka!-Erlebnis, das sich erinnernd vor dem inneren Auge des heute Erwachsenen wie ein Film abspielt.

«ZHdK-Diplomfilme 2023», 20./22.6., Kino im Campus Toni, Zürich. www.filmstudieren.ch

Parallelwelt

Begabung und Herkunft können einander so zuwiderlaufende Parameter sein, dass der Weg zum Glück unerreichbar wirkt.

Herkunft: Pariser Banlieue, Berufswunsch: Dirigentin. Marie-Castille Mention-Schaar erzählt in «Divertimento» die Geschichte der algerischen Seconda Zahia Ziouanis (Oulaya Amamra) und wie sie sich aller Widerstände zum Trotz einen der seltenen Plätze für weibliche Nachwuchshoffnungen am Dirigierpult erarbeitet respektive regelrecht erkämpft hat. Die eigentliche Parallelwelt im Film ist die in Frankreich offenbar sehr viel ausgeprägtere sichtbare Schicht der sehr Wohlhabenden und das Gefüge, in dem deren Nachkommen aufwachsen. Von Chancengleichheit keine Spur. Die Musikschule für Zahia und ihre am Cello ebenfalls begnadete Schwester Fettouma (Lina El Arabi) ist vergleichsweise näher an einer sozialen Insitution, um die Jugend sinnvoll von der Strasse und der Kriminalität wegzubekommen, als an einer sogenannten hehren Lehrstätte der hohen Künste. Weil die Schwestern nichts anderes kennen und erkennen, dass selbst die geringste aller Chancen eine darstellt, begegnen sie den Gegebenheiten selbstverständlich. Kinder unterrichten, während die eigene Spielpraxis darunter zu leiden im Begriff ist, derweil die ringhörige Wohnsituation es erschwert bis verunmöglicht, diese in

den Abendstunden nachzuholen, nehmen die beiden jungen Frauen hin. Nicht ganz ohne auch Klagen darüber zu äussern, aber die Eltern sind gleichsam Mahner:innen für integriertes Verhalten wie auch Förderer:innen für eine Karriere als Orchestermusikerin. Ein Talentwettbewerb bringt beide Schwestern, Zahia zuerst noch an der Bratsche, via ein Stipendium in Kontakt mit der Parallelwelt der Oberschicht im nach Camille Saint-Saëns benannten Konservatorium im noblen achten Arrondissement. Hier sind sie von vornherein die Exotinnen, aber als Zahia dem Lehrmeister Sergiu Celibidache (Niels Arestrup) zu verstehen gibt, sie interessiere sich nicht für eine Rolle im Orchestergraben, sondern explizit für jene am Pult, steigert sich der ihr sowieso schon entgegengebrachte Missmut in regelrechten Hohn in Kombination mit Feindseligkeit. Begabung ist hier weniger Wert als die Herkunft, zumindest solange diese als Synonym für den Goldlöffel im Mund steht. Mehrmals droht Zahia die Hoffnung zu verlieren, aber gerade das Besinnen auf ihre Multikultiherkunft in der Banlieue bringt sie auf die Idee, ein eigenes Orchester mit den hiesigen Begabungen allen Alters zu gründen, was ihrer Arbeit als Dirigentin auch in der schnippischen Welt der Bourgeoisie stärkt und ihr zusehends allseits Bewunderung und Hochachtung einbringt. Oben angelangt, ist Begabung wieder alles, was zählt. *froh.*

«Divertimento» spielt in den Kinos Houdini, Piccadilly.



Beat Down Babylon!

Da ich mich gelegentlich als DJ betätige, habe ich in letzter Zeit immer wieder Schallplatten gekauft, darunter auch ein Reggae-Lied mit dem Titel «Beat Down Babylon». Das Stück handelt davon, wie der Sänger, ein rechtschaffener Rasta-Mann, Babylon zerschlägt und die bösen Männer auspeitscht. «Babylon» steht in der Reggae-Kultur für die verdorbene westliche Welt, die dem Hedonismus frönt und sich von Gott abgewendet hat. Das Stück ruft also dazu auf, meine Welt und mein Wertesystem zu vernichten und stattdessen einen Gottesstaat zu errichten. Und trotzdem finde ich es cool. Das ist irgendwie seltsam; religiöse Extremisten finde ich sonst grundsätzlich das Hinterletzte, deren Lieder würde ich mir nie anhören, selbst wenn sie mit noch so cooler Rock-, Disco- oder auch Reggaemusik hinterlegt sind. Anscheinend stört mich die Verehrung von Haile Selassie weniger als die von Jesus Christus, obwohl Selassie ziemlich sicher nicht der sympathischere von beiden war. Wie kommt das? Gewiss, da ist der gesellschaftskritische Aspekt. Konsumkritik ist wichtig im Rastafarianismus, und dies kann man sympathisch finden – aber der Aufruf zur Mässigung findet sich doch bei den meisten christlichen Strömungen und auch bei den anderen grossen Religionen – je dogmatischer, desto stärker. Und bei den weiteren typischen Themen – Frauenrechte, Homosexualität – stehen die Rastas

anderen religiösen Eiferern in nichts nach. Gäbe es einen Rasta-Staat, sähe der wohl ähnlich aus wie heute Afghanistan. (Auch Jamaika ist kein Rasta-Staat: gegen zwei Drittel der Bevölkerung sind Protestant:innen, die Rastas machen nur gut ein Prozent aus; sogar die Zeug:innen Jehovas sind noch zahlreicher.) An den Inhalten kann es also nicht liegen; die Reggae-Texte sind grundsätzlich gesellschaftlich rückwärtsgewandt und patriarchalisch. Mit der Faszination für den Reggae bin ich nicht allein. Als in den 70er-Jahren die Punk-Bewegung in England entstand, verbrüdete sie sich schnell mit der Reggae-Kultur. Punk-Bands wie The Clash oder The Ruts spielten Reggae-Stücke, Punk- und Reggae-Bands gingen gemeinsam auf Tournee. Die fundamentale Gesellschaftskritik der Punks vertrug sich gut mit der Babylon-Thematik der Rastas, und das Zusammengehen von Bands aus einer typisch schwarzen und einer typisch weissen Kultur wurde als antirassistisches Statement verstanden. Dieses verstärkten im Ska-Revival der 80er-Jahre Bands wie die Specials oder Madness, bei denen Musiker (und wenige Musikerinnen) unterschiedlicher Hautfarben zusammen spielten. In den 1990er- und 2000er-Jahren radikalisierten sich jamaikanische Künstler; Aufrufe etwa zum Mord an Homosexuellen etablierten sich im Reggae-Mainstream. Gleichzeitig wuchs in Europa das Bewusstsein für Homophobie und Frauenfeind-

lichkeit in der Popmusik. So kam es, dass bereits geplante Konzerte von Sängern abgesagt wurden, nachdem die Veranstalter auf die Inhalte von deren Texten aufmerksam gemacht worden waren. Die Rote Fabrik in Zürich veranstaltete nach einer solchen Absage ein Podiumsgespräch mit Vertretern (alles Männer) der Schwulen- und der Reggae-Szene; dieses habe ich leider als recht unergiebig in Erinnerung – die Reggae-Vertreter zogen sich auf die Position zurück, dass Homophobie halt eine kulturelle Besonderheit Jamaikas sei. Das bringt mich zurück zur Ausgangsfrage: Wie kommt es, dass wir Musik hören, die unseren Werten widerspricht? Wahrscheinlich ist es ganz einfach: Die Aussagen von Popmusik haben wir ganz allgemein noch gar nie wirklich ernst genommen. Mick Jagers Machismus? Hübsche Pose. Marilyn Mansons sexualisierte Schock-Outfits? Wow, würde ich mich nie getrauen. Schwule umbringen? Nein, das geht zu weit. Aber einen Gottesstaat errichten, ok – lasst uns einfach genug Gras da.



Markus Ernst

Reklame

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

— — — — —

Zu gewinnen gibt es:

2 x 2 Kinokarten für Jafar Panahis «No Bears» (ab dem 27.7. im Kino). www.filmcoopi.ch

Einsendeschluss: Dienstag, 11. Juli 2023

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich,
 aboservice@pszeitung.ch
 Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
 P.S.-MitarbeiterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.